Deutsche Rundschau
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł, monatl. 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zł, monatl. 5,39 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł, Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 213. Bromberg, Sonnabend den 17. September 1932. 56. Jahrg.

Was kann aus Stresa Gutes kommen?

„Es sprach der Bettler zum Bilde ...“

Während die polnische Regierungspresse über die bisherigen Ergebnisse der Konferenz in Stresa sehr optimistisch urteilt, ist der jüdische „Nasz Przegląd“ weit entfernt davon, diesen Optimismus zu teilen. Er schreibt u. a.:

Die zweitägige Generaldebatte in Stresa war in vieler Hinsicht lehrreich, hat es jedoch nicht vermocht, unsere schon am Tage der Konferenz-Eröffnung zum Ausdruck gebrachten Zweifel bezüglich ihrer praktischen Ergebnisse zu zerstreuen. Die Aussprache wickelte sich im Sinne des Mottos ab: **„Es sprach der Bettler zum Bilde, doch das Bild antwortete ihm auch nicht einmal.“** Diese „Bettler“, und zwar im vollen Sinne dieses Wortes, waren zum Teil die bankerotten und bankerottierenden Staaten Südosteuropas (Bulgarien, Ungarn, Österreich, Rumänien, Griechenland und Jugoslawien), und das „Bild“ waren die Industriestaaten, die entweder bedeutende Abnehmer der Produkte oder Gläubiger dieser Agrarstaaten sind. Der Chor der „Bettler“ könnte zweifellos noch durch die Baltenstaaten verstärkt werden, die mit Ausnahme Lettlands, das nur in der Rolle eines stummen Beobachters zugelassen wurde, an der Konferenz nicht teilnehmen. Doch auch ohne diese Teilnahme war der Bettlerchor recht stark und niederschmetternd.

Polen spielte gewissermaßen die Rolle eines Dirigenten des „Bettlerchors“. Unter der geschickten Leitung von Dr. Adam Rose, der als Vorsitzender des ständigen Studienkomitees des Agrarstaatenblocks sprach, intonierte der Chor das elegische Lied seiner Leiden und seiner Not und beendete es mit einer leidenschaftlichen und pathetischen Litanei seiner Forderungen um Hilfe, um Rettung. Die Staaten, für die der Protektionismus noch unlängst ein unerschütterliches Dogma war, fordern jetzt laut die Rückkehr zum wirtschaftlichen Liberalismus, die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote, die Aufhebung des Kontingent-Systems, die Abtragung der Zollbarrieren usw. In der Erkenntnis, daß diese Rückkehr nur allmählich möglich ist und lange Jahre erfordert, verlangen sie jetzt als vorübergehenden Schritt, ihnen Vorzugszölle und so hohe Kontingente für ihre Produktion zuzuerkennen, daß sie ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande nachkommen können. Schließlich fordern sie langfristige und billige Kredite für ihre Landwirtschaft und noch viele andere Dinge mehr. So reichhaltig aber der Teil der Forderungen dieser Staaten war, so arm war das von ihnen den Industrie- und Gläubigerstaaten angebotene Aequivalent. Man sagte diesen Staaten: Bewilligt ihr uns dies alles, so stärkt ihr unsere Kaufkraft und gebt uns die Möglichkeit, euch unsere Schulden zu bezahlen. Hundertmal wurde nämlich der Grundsatz betont, daß jedes Land seine Schulden nur durch einen Überschuß seines Exportes über den Import abtragen kann. Ungarn, Bulgarien und Griechenland forderten sogar jetzt schon die Herabsetzung ihrer Schulden, und Rumänien sagte den Gläubigerstaaten unzweideutig, daß es nach sechs Monaten oder spätestens nach einem Jahre seine Zahlungsunfähigkeit werde anmelden müssen, und daß dieses Los zweifellos alle anderen Staaten Südosteuropas teilen würden.

Alles dies ist wahr, ja sogar eine bittere Wahrheit, kann aber niemals als entscheidendes Argument wirken, und die Kapitalisten der Industrie- und Gläubigerstaaten zu weiteren Opfern zugunsten der osteuropäischen Agrarstaaten bewegen. Denn wenn der Grundsatz „do ut des“ unter den Staaten verpflichtet, deren Wirtschaft normal und deren Kredit gesund ist, so ist er unumgänglich notwendig in Verhandlungen zwischen den industriellen Staaten, die selbst unter der Krisis schrecklich leiden, und den Agrarstaaten, deren Kredit unterhöhlt ist, und denen niemand mehr etwas borgen will.

Es genügt nicht, diesen Staaten zu sagen: Gebt uns Präferenzen usw., und ihr stärkt dadurch unsere Kaufkraft. Man muß ihnen vielmehr sagen: gebt uns Präferenzen und größere Kontingente für unsere landwirtschaftlichen und Züchterprodukte, und als Äquivalent dafür erhaltet ihr von uns größere Kontingente für eure Industrieprodukte.

Bei einer solchen Stellungnahme wäre die Diskussion sicher mit einem Male belebt worden. Was aber die Vorbehalte oder gar Drohungen der Agrarstaaten an die Adresse der Industrie- und Gläubigerstaaten anbelangt, daß sie alle ihre Forderungen verlieren könnten, so kann ihre Folge eher negativ sein, d. h. den Mangel an Vertrauen der Kapitalisten der Industrie- und Gläubigerstaaten zu den Staaten Südosteuropas nur noch vertiefen.

Der größte Gläubiger dieser Staaten ist Frankreich, das dort etwa 700 Millionen Dollar ausgeliehen hat, und England, das etwa 450 Millionen Dollar zu fordern hat. Frankreich ist ein halber Agrarstaat und hat in diesem Jahre eine derart gute Ernte, daß es wahrscheinlich nach Deckung seines eigenen inneren Bedarfs noch einen bedeutenden Überschuß haben wird. England wird nach seinen Imperiums-Verhandlungen in Ottawa seine Einfuhr von landwirtschaftlichen und Züchterprodukten aus den europäischen Ländern noch recht bedeutend einschränken müssen. England hat eine weitere finanzielle Hilfe für die Staaten Südosteuropas abgelehnt. Frankreich hat dies zwar nicht kategorisch getan, denn politische Rücksichten legen ihm noch eine gewisse Reserve auf; doch es ist eine Tatsache, die sich in der Aussprache des französischen Delegierten in Stresa ergibt, daß es diese Hilfe nicht gewähren wird.

Es bleibt also Deutschland als natürlicher und größter Abnehmer von Agrar- und Züchterprodukten übrig,

das aber in seinen Verhandlungen mit den politischen Klienten Frankreichs nicht allein wirtschaftliche, sondern in erster Linie politische Vorteile sucht. Der Wirtschaftsplan des Herrn von Papen, mit dessen Ausführung Deutschland jetzt beginnt, steht übrigens in ausgesprochenem Widerspruch mit den Tendenzen der Staaten des Agrarblocks. **Nichtsdestoweniger hat sich Deutschland bereit erklärt, den ausschließlich landwirtschaftlichen Staaten (d. h. Polen ausgeschlossen) auf Getreide Präferenzen zu gewähren.** Italien, das sich bis jetzt allen Präferenzen widersetzt hat, wird sich vielleicht dazu gegenüber verschiedenen Staaten verstehen, aber lediglich im Getreideimport. Mehr wird es nicht tun.

Wenn die Konferenz von Stresa im Ergebnis außer einer Reihe von Empfehlungen und grundsätzlichen Erklärungen gewisse konkrete Schritte in der Frage der Liquidierung der Getreideüberschüsse in den Agrarstaaten auf dem Wege von Präferenzen bringt, so darf man dies in der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage der ganzen Welt freilich nicht verschmähen. Dies wird aber eine vollkommen ungenügende Hilfe für die Staaten sein, die nach Rettung rufen und nur eine unbedeutende Geste für die Staaten, die eine Hilfe benötigen. Zu dieser zweiten Kategorie zählt Polen. Polen gilt nämlich im Auslande im Vergleich zu den erwähnten Bankerotteuren als ein großer, reicher, sich selbst versorgender Staat. Freilich ist es sehr gut, eine solche Note in der Welt zu besitzen; aber nur dann, wenn man außer dieser platonischen Anerkennung im Bedarfsfalle von ihr auch in Gestalt von Krediten usw. Nutzen ziehen kann. Aber von diesem positiven Teil unserer guten Note finden wir im Auslande auch nicht eine Spur. Wir befürchten also, daß man den „Bettlern“ in Stresa irgendeine miserable Unterstützung geben, für ihren moralischen Vormund (Polen) aber nur einige Worte der Anerkennung und der Schmeichelei finden wird. Auf diese Weise werden sich die „Bettler“ etwas erquicken und der „Vormund“ wird ein „herrschaftlicher Bettler“ bleiben.

*

Ein Vorschlag der Agrarländer.

Stresa, 15. September. (United Preß.) Die Getreideausfuhrländer sind zu einem Übereinkommen gelangt, danach den Donauländern alljährlich eine Vorzugsbehandlung von 46 Millionen Doppelzentnern Getreide, hauptsächlich Weizen und Mais, zugestanden wird. Der Plan wurde bereits den Vertetern der Einfuhrländer unterbreitet.

Deutschland verläßt die Abrüstungs-Konferenz.

Berlin, 16. September. (PAT.) Das Wolff-Bureau verbreitet die Meldung, die Reichsregierung habe an den **Vorsitzenden des Bureaus der Abrüstungskonferenz, Minister Henderson, ein Schreiben gerichtet, das ihm in Genf eingehändigt werden wird. Presse-Informationen zufolge hat die Reichsregierung in dem Schreiben mitgeteilt, daß Deutschland an den Beratungen der Konferenz nicht teilnehmen würde, solange die Mächte grundsätzlich die deutsche Forderung in der Frage der Rüstungsgleichheit nicht anerkennen.**

Die Sozialdemokraten gegen den deutschen Schritt

Berlin, 16. September. (PAT.) Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich gegne den Schritt der Reichsregierung in der Frage der Rüstungsgleichheit wendet. Die Sozialdemokratie hat, so betont die Entschließung, für Deutschland stets die volle Gleichberechtigung bei der allgemeinen Abrüstung gefordert. Die früheren Feinde Deutschlands haben bis jetzt die sich aus dem Versailler Traktat und dem Ligapakt ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das einseitige Versailler Traktat sei stets von den Sozialdemokraten bekämpft worden, die gegen die Politik der kapitalistischen Regierungen protestiert hätten, welche ständig einen Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung unmöglich gemacht habe. Die Reichsregierung habe den gegenwärtigen Augenblick als geeignet befunden, mit der Forderung hervorzutreten, daß Deutschland die Freiheit auf dem Gebiet des Ausbaues seiner bewaffneten Kräfte zuerkannt werde. Die Sicherheit der Völker könne aber nicht auf dem Wege von militärischen Rüstungen erreicht werden. Bedroht werde dabei besonders auch Deutschland mit Rücksicht auf seine geographische Lage, sowie auf die militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der anderen Länder. Aus diesem Grunde halte die Sozialdemokratie die Rüstungsaktion der Reichsregierung für falsch. Diese Aktion sei gefährlich, da sie den anderen Ländern den Vorwand zum unbeschränkten Wettrüsten gebe, das am meisten die Sicherheit Deutschlands bedrohe und andere Völker der Katastrophe entgegenführe.

Nur eine solche Außenpolitik, die auf eine Verständigung zwischen den Völkern auf dem Grundsatz der allgemeinen Gleichberechtigung, auf die Erhaltung des Friedens und auf eine internationale Abrüstung abziele, garantiere die Sicherheit. Alle Schritte im Geiste der deutschen Rüstungsnote, dessen Ausdruck die Erklärungen des Ministers von Schleicher gewesen seien, bergen, so heißt es zum Schluß in der Entschießung, die Gefahr der politischen Isolierung Deutschlands in sich und könnten die Folge haben, daß sich ihm die ganze übrige Welt entgegenstellt, daß also damit das Versailler Traktat verewigt wird.

*

Die deutsche Delegation für den Völkerbund.

Die deutsche Delegation für die am 26. September in Genf beginnende diesjährige Vollversammlung des Völkerbundes wird unter der Führung des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath stehen. Als weitere Hauptdelegierte werden den Reichsaußenminister begleiten Gesandter von Rosenberg, Ministerialdirektor Dr. Gauß, Staatssekretär a. D. Freiherr von Rheinbaben, Gesandter Göppert und Gesandter Freiherr von Weizsäcker.

Vom Westen zog ein Gewitter herauf.

Unter dieser Überschrift befaßt sich der polnische **General de Henning-Michaelis** im **„Kurjer Poznański“** mit der Abrüstungs-Konferenz und der deutschen Forderung zur Gleichberechtigung. Er schreibt folgendes:

Die lang hingezogene und fruchtlose Abrüstungs-Konferenz in Genf ist kaum vor wenigen Wochen erstorben und schon ist vom Westen her eine neue Melodie nach den bekannten pazifistischen Motiven zu hören.

Sie rührt von einer Rede des deutschen Generals von Klauß her, die er in unzweideutiger Form am 14. August in Pirmasens wenige Kilometer von der französischen Grenze innerhalb der entmilitarisierten Zone hielt, und die unter freiem Himmel an etwa 50 000 ehemalige Krieger gerichtet war. Der Inhalt seiner Rede bestand darin, daß „Deutschland während des Weltkrieges und nach dem Waffenstillstand so viel erlitten habe, daß es das Recht auf Entschädigung besitzt“. Und um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, erwähnte der General der Reihe nach alles, was Deutschland am Tage der Vergeltung fordern werde, nämlich: Elsaß, Lothringen, Eupen, Malmedy, Schleswig, Danzig, Pommerellen, Memel, Posen, Oberschlesien, die Kolonien und den Anschluß. Die Versammlung endete mit dem allgemeinen Gelöbnis: „So sei es!“

Auf welchem Wege das deutsche Volk das ungeheure Register der Wiedergutmachungen erreichen will, hat der General nicht gesagt. Eine deutliche Antwort darauf hat uns erst der deutsche Außenminister erteilt, als er in Berlin dem französischen Botschafter eine Note überreichte, deren Inhalt eingehend die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung in der Abrüstung begründet. Nach Ansicht der Verfasser dieser Note bezweckt sie keineswegs die Änderung der Versailler Verfassung, sondern nur den Umbau der Reichswehr. Die in 10 Artikeln zusammengefaßte Reorganisation beseitigt einzelne Verbote oder Einschränkungen in allen Zweigen der militärischen Vorbereitung und die Ergebnisse werden darin liegen, daß die bereits bestehende starke Armee bestätigt, und nach neuestem technischen Muster ausgerüstet wird.

In der einen ultimativen Charakter tragenden Note finden wir eine bescheidene Bemerkung über die Schwierigkeiten einer Erhöhung „eines so kleinen“ Militärhaushaltes Deutschlands. Für wen diese Bemerkung bestimmt ist, läßt sich schwer sagen. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß dieser Haushalt, der die weitesten Möglichkeiten für eine geheime Entwicklung der Rüstungen bietet, unerhört hoch ist, und daß gerade dadurch Deutschland es im Laufe von 13 Jahren seit dem Friedensschluß erreicht hat, die Klauseln des Friedensvertrages straflos zu vergewaltigen und seine Armee auf ein hohes Niveau zu bringen. Deutschland besitzt daher eine gut organisierte oberste Leitung und Militärstäbe, eine vorbildliche Truppe, ein festgelegtes Mobilisierungssystem, ausgebildete Reserven, ungeheuere Vorräte von Kriegsmaterial und eine ausgezeichnet entwickelte Kriegsindustrie.

Da nun Deutschland die bereits vorsorglich vorbereiteten Kriegsgeräte besitzt, taucht nunmehr die Frage auf,

warum es jetzt mit dieser alarmierenden Forderung hervortritt — so fragen wenigstens die nächsten Nachbarn. Die Antwort darauf ist leicht. Die Notwendigkeit, bis zum gegenwärtigen Augenblick wenigstens teilweise aus Gründen der Armeeorganisation Schweigen zu üben, hat manche Unbequemlichkeiten hauptsächlich technischer Natur geschaffen. So werden z. B. die verbotenen Panzerwaffen im Lande in genügender Zahl, aber auf geheime Art hergestellt. Tanks und Automobile werden in ihren einzelnen Teilen geschaffen. Ihre Tauglichkeit für militärische Manöver festzustellen, ist erschwert, daher werden statt der Maschinen nur Attrappen vorgeführt. Ebenso schwer lassen sich sachlich die Transporte der schweren Artillerie mit Hilfe von Motor-Traktoren prüfen, zumal die schwere Artillerie von Deutschland besonders geschätzt wird; ebenso erschwert sind Kampfübungen mit Luftgeschwadern.

Diese Komplikationen haben die Entwicklung einzelner technischer Zweige außerhalb des Reiches verursacht. Deutschland besitzt in Norwegen, Schweden und Holland 15 Munitionsfabriken; es hat eine Reihe von ausgezeichneten Flugzeugwerken in Rußland erbaut, wo das Kriegspersonal für die Luftflotte geschult wird.

Alle diese Erschwerungen machen Deutschland ungeduldig, weil sie nicht die Möglichkeit bieten, eine gründliche Prüfung der Tauglichkeit des ganzen technischen Apparates durchzuführen und verursachen im gesamten Kriegsvorbereitungsplan einen gewissen Zeitverlust.

Deutschland hat sich für seine Forderung einen guten Augenblick gewählt. Es begreift wohl, daß mit Ausnahme Frankreichs die anderen Großmächte augenblicklich leider kein unmittelbares Interesse an der Niederhaltung der deutschen Kriegstendenzen haben. Deutschland hofft, daß die französische Antwort gleichfalls nicht allzu schroff ausfallen wird. Das Rheinland wird ihm wohl nicht mehr gepfändet werden, und mit Papiernoten haben sie sich immer Rat gewußt.

Es besteht kein Zweifel, daß die ersten Angriffe Deutschlands zunächst gegen Polen gerichtet sein werden, und wenn man die deutsche Tradition, den Charakter der deutschen Politik und Strategie kennt, kann man mit Leichtigkeit voraussehen, wie sie sich äußern werden: ein plötzlicher Überfall auf Pommerellen, nachdem angeblich irgendein polnischer Angriffsakt hervorgerufen sein wird; dann wird die Überraschung ausgenutzt werden, um die Initiative für die kriegerischen Handlungen an sich zu reißen und danach zu streben, die für den Kampf noch unvorbereitete polnische Armee zu zerschlagen. Die Beherrschung Pommerellens und der Schrei in alle Welt über polnische Greueltaten, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, werden die nächsten Folgen sein. Deutschland besitzt doch eine ausgezeichnet organisierte Presse-Propaganda.

Angesichts der immer gefährlicher werdenden Lage wird eine entsprechende Vorbereitung für einen bewaffneten Gegenangriff Polens brennende Notwendigkeit. Die militärische Vorbereitung muß in unseren westlichen Gebieten die höchste Stufe der Vollendung erreichen, und dieses Ziel werden wir nur dann erlangen, wenn wir, unabhängig von der Fähigkeit unserer Armee und von der Konsolidierung unserer Kriegsverbündeten, natürliche innere politische Verhältnisse schaffen werden, die auf einer gesunden Grundlage der Volksharmonie aufgebaut sind.

*

Wir haben das „Gewitter", das nach der Meinung des polnischen Generals mit dem deutschen Namen im Westen heraufziehen soll, noch nicht donnern hören. Die Rede des Generals von Klauß in Pirmasens ist uns nicht bekannt geworden und was über die deutschen Rüstungen berichtet wird, hat man bereits vor einigen Jahren dementiert. **Wenn diese phantastischen Meldungen einen Kern von Wahrheit hätten, würde wahrscheinlich von den Alliierten die Entwaffnung Deutschlands nicht ausdrücklich festgestellt worden sein, würde sich auch Herr Herriot dieses Argument für seine Antwortnote nicht haben entgehen lassen.**

Der deutsche Heeresetat, der bekanntlich wegen der Kostspieligkeit des Söldnerheeres weit gefährlicher aussieht als sein Effekt sein kann, forderte im letzten Fiskal-Jahr (nach amerikanischen Feststellungen) 170,4 Millionen Dollar, oder ein Minus von 63 v. H. gegenüber der Friedenszeit. Dagegen ist der Heeresetat allein von Frankreich in der Zeit von 1913 bis 1931 um 30 v. H., nämlich von 348,7 auf 455,3 Millionen Dollar gestiegen. Er beträgt also fast das Dreifache des deutschen Etats, und Frankreich kann sehr viel einsparen, wenn es seinen Vertragsverpflichtungen von Versailles nachkommt und ähnlich radikal abrüstet wie das Deutsche Reich. Dabei hat es dann noch ebenso wie seine Verbündeten wesentlich mehr ausgebildete Reserven als Deutschland, das eigentlich nur auf die inzwischen recht alt gewordene Frontgeneration zurückgreifen könnte, da jeder Reichswehrsoldat bekanntlich ein halbes Menschenalter hindurch dienen muß. Die Besorgnisse des Herrn Generals haben also, bei Licht betrachtet, keinen Grund und Boden. **Dagegen ist jede Forderung nach Gleichberechtigung eine Forderung nach Gerechtigkeit. Man sollte gerade in Polen für eine solche Forderung ganz besonderes Verständnis haben; denn auf ihr allein basiert die Sicherheit der Völker und Staaten.**

Botschafterwechsel in Rom?

In Berliner politischen Kreisen verlautet, daß die seit langem geplante Umbesetzung einer Reihe von höheren Posten im deutschen diplomatischen Dienst in nächster Zeit erfolgen werde. Dieser Wechsel soll, der „Voss. Zeitg." zufolge, auch den Botschafterposten in Rom umfassen, den der frühere Staatssekretär von Schubert innehat. Es heißt, daß der jetzige deutsche Gesandte in Belgrad von Hassel, der Schwiegersohn des Großadmirals von Tirpitz, für Rom in Betracht kommt.

*

Von Paris nach London?

Wie die Havas-Agentur meldet, ist der deutsche Botschafter in Paris v. Hoesch zum Botschafter in London ernannt worden. Der Nachfolger des Herrn von Hoesch **ist bis jetzt noch nicht bestimmt.**

Keine Lösung der Berliner Krise.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Loebe hatte am Donnerstag in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des ständigen Überwachungsausschusses des Reichstages eine Konferenz mit dem Reichskanzler von Papen. Der Kanzler lehnte es noch einmal ab, zusammen mit dem Innenminister von Gayl und dem Staatssekretär Planck vor dem Überwachungsausschuß zu erscheinen, solange der Reichstagspräsident Göring seine Behauptung nicht zurückziehe, daß die Abstimmung im Reichstage über die Anträge gültig sei, welche die Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten und auf ein Mißtrauensvotum für die Regierung von Papen zum Ziele hatten.

Der Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag dauert weiterhin an und hat sogar eine gewisse Verschärfung dadurch erfahren, daß Göring eine Privatklage gegen Papen wegen Beleidigung eingereicht hat. Diese Beleidigung erblickt der Reichstagspräsident, wie wir bereits gestern meldeten, darin, daß der Reichskanzler öffentlich erklärt habe, der Reichstagspräsident habe sich wissentlich einen Verfassungsbruch zuschulden kommen lassen.

Von Persönlichkeiten, die der Regierung nahestehen, wird jetzt von einem Vorfall berichtet, der sich am Montag abend unmittelbar nach der Reichstagssitzung zugetragen hat. Die „Voss. Ztg." hat darüber folgendes erfahren:

An diesem Abend waren Hitler, Göring und Goebbels bei einem Essen mit dem früheren italienischen Minister Federzoni und einigen Mitgliedern der italienischen Botschaft zusammen. Gegenstand des Tischgesprächs waren die Vorgänge im Reichstag. **Während dieser Unterhaltung soll Reichstagspräsident Göring erklärt haben, er habe von vornherein gewußt, daß die Regierung den Versuch einer Abstimmung mit der Reichstagsauflösung beantworten würde. Er sei deshalb fest entschlossen gewesen, den Reichskanzler unter keinen Umständen zu Worte kommen zu lassen und habe absichtlich den Gang der Verhandlungen so gelenkt.**

In unterrichteten Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß diese sehr freimütige Tischunterhaltung mit den ausländischen Gästen von der Regierung noch ausgenutzt werden wird, wenn Präsident Göring sie nicht in einwandfreier Form in Abrede zu stellen vermag.

Wann der Überwachungsausschuß wieder zusammentreten, und ob überhaupt sobald wieder eine neue Sitzung anberaumt werden wird, steht dahin. **Der Konflikt bleibt latent.** Seine besondere Bedeutung erhält er dadurch, daß die Regierung bisher noch immer keinen Termin für die Neuwahlen bekannt gegeben hat, und daß ein offenbarer Zusammenhang zwischen dieser Tatsache und dem noch immer aufrecht erhaltenen zweiten Teil des Göringschen Briefes besteht. Darin liegt die außerordentliche Gefahr einer gefährlichen Zuspitzung der Krise.

Japanische Anerkennung der Mandschurei.

Tschangtschun, 16. September. (Reuter) Der Vertrag, durch den Japan den neuen Staat Mandschukuo (Mandschurei) anerkennt, ist gestern unterzeichnet worden.

Das japanische Außenministerium erhielt ein Telegramm der Mandschurischen Regierung, in dem diese die Japanische Regierung bittet, die mandschurischen Interessen beim Völkerbund zu vertreten.

*

China protestiert.

Nanking, 15. September. (WTB) Unmittelbar nach der amtlichen Bekanntmachung der Anerkennung des Mandschurei-Staates durch Japan richtete die Chinesische Regierung Protestnoten nach London, Paris, Washington, Rom und Genf, die Japan beschuldigen, die Gebiets- und Verwaltungssouveränität Chinas verletzt zu haben, und ein sofortiges internationales Vorgehen verlangen.

In einem Telegramm an den Völkerbund erklärt die Chinesische Regierung, die Handlungsweise Japans sei mit dem Geist des Völkerbundpakts unvereinbar und eine unmittelbare Verletzung der Beschlüsse der Völkerbundversammlung.

In ähnlichen, an die anderen Unterzeichner des Neunmächtevertrages gerichteten Noten wird das Vorgehen Japans als eine Verletzung des Vertrages gekennzeichnet und die sofortige Berufung einer Konferenz verlangt. In einer Note an Japan erklärt die Chinesische Regierung, die Anerkennung des Mandschurei-Staates könne nur als eine offene Verletzung der territorialen Integrität Chinas angesehen werden. China bittet auch die Vereinigten Staaten, die Initiative zu einer Konferenz zu ergreifen, da sie die Anregung zu dem Neunmächtevertrag gegeben hätten.

Gandhi droht mit dem Hungerstreik.

Bombay, 16. September. (Eigene Meldung.) Der Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, Ghandi, der sich gegenwärtig im Gefängnis befindet, hat mit dem Hungerstreik gedroht, falls der britische Gouverneur die von ihm zu besetzenden Plätze im indischen Parlament an die Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften vergeben würde und nicht, wie Ghandi vorschlägt, an die vom Wahlrecht ausgeschlossenen Parias. Ghandi hat erklärt, daß er beabsichtige, diesen Hungerstreik bis zum Hungertode durchzuführen. Die brtische Verwaltung hat angekündigt, daß sie Ghandi, falls er seine Drohung wahrmachen und in den Hungerstreik treten würde, sofort aus dem Gefängnis entlassen und in einem Privathause internieren wolle, um seinem Martyrium die Krone zu nehmen. Man werde nur von Gandhi die ehrenwörtliche Versicherung verlangen, daß er das Privathaus und dessen nähere Umgebung nicht verlassen werde. Im übrigen will man ihm keine Beschränkungen im Verkehr mit seinen Freunden und auch in der Agitation auferlegen.

Republik Polen.

Wechsel in der Deutschen Gesandtschaft in Warschau.

dk. **Warschau**, 13. September. Der langjährige Gesandtschaftsrat an der Deutschen Gesandtschaft in Warschau, **Herr v. Rintelen**, hat seinen Posten verlassen und seine neue Tätigkeit im Auswärtigen Amt übernommen. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Legationsrat an der Moskauer Botschaft, Dr. Schliep, ernannt worden.

Gdingen erhält ein Gefängnis.

dk. **Gdingen, 13. September.** In Gdingen soll in allernächster Zeit mit dem Bau eines Bezirksgefängnisses begonnen werden, da die überhandnehmende Kriminalität es nicht mehr zuläßt, daß, wie bisher, die vom Gdinger Bezirksgericht Verurteilten nach den Gefängnissen in Stargard oder anderen Städten in Pommerellen überführt werden.

Aus anderen Ländern.

Dr. Curtius in Amerika.

Wie aus Newyork gemeldet wird, ist der frühere deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius in Newyork eingetroffen um auf einer Vortragsreise durch die Staaten über die politische Entwicklung Deutschlands zu sprechen. Zur Abrüstungsfrage erklärte er, die Stellung der Regierung Papen unterscheide sich im Prinzip von keiner ihrer Vorgängerinnen. Europa werde die Herabsetzung der Bewaffnung durchführen; wenn nicht, dann würden die Massen ihre Staatsmänner dazu zwingen.

Der Pariser **„Temps"** ist über Dr. Curtius Amerika-Tournee äußerst erregt und spricht von einem neuen deutschen Vorstoß gegen die Frieden von Versailles. Dr. Curtius habe die Aufgabe, in sechzig Städten der USA. **für den deutschen Standpunkt zum Korridor-Problem** zu werben. Das Programm dieser Propagandareise sei bereits vor einem Jahr bei dem amerikanischen Besuch des ehemaligen Staatssekretärs von Kühlmann festgelegt worden.

Herriot fährt nach Spanien.

Paris, 15. September. (PAT.) Ministerpräsident Herriot hat eine Einladung des Präsidenten von Spanien angenommen, und wird sich in der ersten Hälfte des Oktober zu einem kurzen Aufenthalt nach Spanien begeben. Die Einzelheiten der Reise sind bis jetzt noch nicht festgesetzt.

Ein nationales Begräbnis.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die Trauerkundgebungen zu dem tragischen Tode des Oberleutnants Żwirko und des Ingenieurs Wigura, die am vergangenen Sonntag in ganz Polen begannen und sich von Tag zu Tag steigerten, haben am gestrigen Donnerstag in Warschau mit der Beisetzung der Leichen der beiden Flieger, die mit einer geradezu erhebenden Feierlichkeit vor sich ging, ihren Abschluß gefunden.

Wer Warschau in diesen Tagen beobachtet hat, ist um ein ganz ungewöhnliches Erlebnis reicher. Ein leidenschaftlicher Wille zur Solidarität in der Trauer einigte alle Schichten der Bevölkerung und bewirkte es, daß die gemeinsame Trauer den Tod der beiden Opfer der Fliegerkatastrophe zu einer geschlossenen nationalen Kundgebung gestaltete, wie sie Warschau in einem größeren Ausmaße vielleicht noch nicht gesehen hat. Warschau hat noch in lebhafter Erinnerung großartige Kundgebungen und Leichenbegängnisse, wie diejenige des ermordeten Staatspräsidenten Narutowicz, oder der großen Schriftsteller Żeromski und Reymont. Doch waren alle damaligen Veranstaltungen und Gefühlsäußerungen nur ein kühler Pomp im Vergleich zu dem Gefühlsausbruch der Massen, wie er in Warschau in die Erscheinung trat, als die Särge mit den Leichen der beiden Flieger in der Gruftkapelle der Hl. Kreuzkirche in Warschau aufgestellt worden waren. Unübersehbare Menschenmassen strömten herbei, um in geordnetem Zuge an den Särgen vorbeizuziehen; dieser Zug dauerte ununterbrochen neun Stunden lang.

Der Trauerzug.

Nach dem Gottesdienst setzte sich unter Glockengeläut der Trauerzug nach dem Friedhof in Bewegung. Die beiden Särge, die auf den Rumpf von zwei Flugzeugen gestellt waren, waren mit zahlreichen Kränzen bedeckt; unter ihnen befanden sich Kränze des Staatspräsidenten und des Marschalls Pilsudski. Den Leichenzug eröffneten verschiedene militärische und zivile Organisationen. Hinter den Särgen folgten die nächste Familie der Verstorbenen, Vertreter der Regierung, des Sejm und des Senats, der Diplomatie, der Generalität usw. Längs der Straßen hatte sich schon vom frühen Morgen an eine nach Tausenden zählende Menschenmenge aufgestellt, die in Andacht und Schweigen den verunglückten Fliegern ihre Huldigung darbrachte. Unter den Klängen eines Trauermarsches landete der Zug auf dem Friedhof in Powązki, wo die beiden Flieger zur letzten Ruhe gebettet wurden. Nach dem kirchlichen Zeremoniell am Grabe wurden noch verschiedene Reden gehalten, in denen das Verdienst der beiden Verunglückten um die Hebung des Ansehens Polens in der Welt hervorgehoben und zur Nacheiferung aufgefordert wurde. Als die Särge in die Gruft gesenkt wurden, präsentierten die Vertreter der militärischen Organisationen, sowie die Truppenabteilungen die Waffen, und die Fahnen senkten sich.

Abendstimmung

Die Finken schlugen ohne Ende,
Die Rosen waren regenschwer.
Du gabst mir deine zarten Hände,
Fern durch das blühende Gelände
Sang ein verträumtes Mühlenwehr.

Von deinem Haar, dem märchenschönen,
Ward ich gar stillen Duft gewahr.
In deinen Augen schliefen Tränen,
Und von den Händen ging ein Sehnen
Durch meine Glieder wunderbar.

Hans Bethge

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 16. September.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist heiteres und warmes Wetter an.

Protestversammlung gegen die beabsichtigte Auflösung der Handwerkskammer.

Wie wir bereits berichteten, besteht im Zusammenhang mit dem Plan einer Änderung der Wojewodschaftsgrenzen die Absicht, die Bromberger Handwerkskammer aufzulösen. In allen Wojewodschaften soll nur eine Handwerkskammer bestehen bleiben, so auch in der Wojewodschaft Pommerellen. Da Bromberg und die umliegenden Kreise der Wojewodschaft Pommerellen zugeteilt werden sollen, ist ein Projekt ausgearbeitet, nach dem die Handwerkskammer in Bromberg aufgelöst werden und für Pommerellen nur eine Kammer in Graudenz verbleiben soll.

Gegen diese Absicht protestierte eine große Handwerkerversammlung, in der der Kammerpräsident Grzeskowiak gegen das Projekt Stellung nahm. Es setzte nach dem Referat eine sehr lebhafte Diskussion ein, an der sich etwa 20 Redner beteiligten. Im Laufe dieser Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß der Bromberger Kammer 2000 Handwerker unterständen, Bromberg mit seinen beinahe 120 000 Einwohnern die größte Stadt Pommerellens sei, daß die Stadt verkehrstechnisch außerordentlich günstig gelegen ist, die Handwerkskammer sich hier seit mehr als 32 Jahren befindet und ein eigenes Gebäude habe. Mehrere Redner unterstrichen, daß die Stadt bei der Regierung in Warschau aus irgend einem Grund in Ungnade gefallen sein müsse und man glaubte, diesen Umstand darauf zurückführen zu können, daß Bromberg noch immer eines Stadtoberhauptes entbehre. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der man an den Minister für Handel und Gewerbe den dringenden Appell richtete, die Handwerkskammer in Bromberg zu belassen. Auch an den Handwerkskammerrat in Warschau wurde eine Denkschrift überreicht mit der Bitte, die Interessen der Bromberger Handwerker bei dem Ministerium wahrzunehmen. In den größeren Orten der Umgebung Brombergs, die der hiesigen Handwerkskammer unterstehen, sollen gleichfalls Protestversammlungen abgehalten werden.

Die große Versammlung, an der sämtliche hiesige Innungen sowie eine Delegation aus Inowrocław, etliche Sejmabgeordnete usw. teilnahmen, konnte nach Annahme der oben angeführten Resolutionen und Beschlüsse von dem Vorsitzenden geschlossen werden.

Schwerer Unfall
eines Bromberger Autos.

Ein schwerer Autounfall ereignete sich Donnerstag mittag in der Nähe von Karthaus. Auf einer Geschäftsreise befand sich der in Bromberg, Kirchenstraße (Kościelna), wohnhafte Kaufmann Kawa mit seinem Personenauto. Außer ihm hatten in dem Wagen die ebenfalls in Bromberg wohnhaften Kaufleute S. Dorn und Adam Grützhändler Platz genommen. Als sich das Auto auf dem Wege von Berent nach Karthaus befand, löste sich plötzlich ein Rad und der Wagen schlug um. Alle drei Insassen erlitten Verletzungen. Am schwersten verletzt wurde Grützhändler, der von Karthaus mit einem Zuge nach Bromberg geschafft worden ist, und den man im hiesigen Krankenhaus einer Operation unterzog. Die beiden anderen Herren Kawa und Dorn blieben an der Unfallstelle zurück. Der Wagen ist vollständig zertrümmert.

§ **Ausbau der Telephonkabelverbindungen?** Im polnischen Post- und Telegraphenministerium wird erneut das Projekt einer Verbindung Gdingens durch direktes Seekabel nach der Ortschaft Neksö auf der Insel Bornholm erwogen, wo Polen Anschluß an das skandinavische Kabelnetz erlangen könnte. Die Realisierung dieses Planes hängt jedoch von den Finanzierungsmöglichkeiten durch das polnische Post- und Telegraphenministerium ab. In interessierten polnischen Kreisen weist man gleichzeitig darauf hin, daß im Falle einer positiven Entscheidung auch die Frage der Verbindung Gdingens mit dem oberschlesischen Kohlenrevier durch ein unterirdisches Telephonkabel einer Klärung entgegengeführt werden würde.

§ **Vor einer Einschränkung des Telephonverkehrs.** Das polnische Post- und Telegraphenministerium hat den anderen beteiligten Ministerien einen Entwurf betr. Einschränkung des Betriebes der Telegraphen- und Telephonämter zur Begutachtung übersandt. Die Maßnahme ist von Sparrücksichten diktiert.

§ **Wegen Körperverletzung** hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten: Marjan und Władysław Żołna, Florjan Loj, Antoni Pałachowski und Jan Wnuk, sämtlich aus dem Kreise Wirsitz. Die Angeklagten, die im Alter von 19 bis 24 Jahren stehen, sind Mitglieder des Sokół. Am 31. Januar d. J. veranstaltete der Landwirtsverein Wiktorówko in der dortigen Gastwirtschaft ein Tanzvergnügen, an dem auch die Angeklagten teilnahmen. Die Vereinsleitung hatte in weiser Voraussicht auch die Ortsfeuerwehr zu dem Vergnügen eingeladen, damit diese bei eventl. entstehenden Raufereien sofort zur Hand sei. Bis Mitternacht verlief das Fest ohne jede Störung, dann jedoch gerieten zwei junge Burschen wegen einer Dorfschönen in Streit, der aber noch beigelegt werden konnte. Eine halbe Stunde später jedoch gerieten die beiden abermals aneinander. Als der im Saale sich aufhaltende Feuerwehrmann sah, daß eine Prügelei unvermeidlich sei, gab er ein Trompetensignal, um seine Kollegen aus einem Nebenzimmer herbeizurufen. Auf dieses Trompetensignal schienen die fünf Angeklagten nur gewartet zu haben. Im Augenblick schlugen sie den Trompetenbläser zu Boden, drangen dann auf den Korridor und warfen sich den auf das Signal herbeieilenden Feuerwehrleuten entgegen. Es entstand nun eine wüste Schlägerei, wobei Stuhlbeine, Schlagringe und Messer eine große Rolle spielten. Die fünf Helden gingen aus dieser Rauferei als Sieger hervor. Einige Feuerwehrleute wurden bei der Schlägerei durch Messerstiche erheblich verletzt. Die Angeklagten wollen sich, wie sie in der Gerichtsverhandlung angaben, nur mit den „bloßen Händen" gegen die Schläge der Feuerwehrleute gewehrt haben. Die Tatsache, daß die ersten drei Angeklagten mit Messern gegen die Feuerwehrleute vorgegangen sind, beweisen die Zeugenaussagen. Die Verhandlung ergab ferner, daß zwischen den Brüdern Ż. und einigen Mitgliedern der Feuerwehr bereits seit längerer Zeit eine Feindschaft bestand und daß die Brüder Ż. nur auf den Augenblick gelauert hatten, um ihren Feinden eins auszuwischen. Das Gericht verurteilte die ersten drei zu der Strafe von je zwei Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub. Die übrigen beiden Angeklagten wurden freigesprochen.

§ **Tödlicher Verkehrsunfall. Von einem Motorradfahrer überfahren wurde in den Mittagsstunden des gestrigen Tages die 6jährige Tochter Gertrud des Polizisten Kożnicki, Chausseestraße (Grunwaldzka) 115. Als das Mädchen von der Schule kommend die Inselstraße (Kraszewskiego) überqueren wollte, wurde sie überfahren und zu Boden gerissen. Man brachte das Kind mit Hilfe des Rettungswagens in das Diakonissenkrankenhaus, wo es heute Nacht verstorben ist. Der Fall ist um so tragischer, als die Mutter des Kindes von dem Vorfall nichts weiß, da sie in der gleichen Nacht einem zweiten Kinde das Leben geschenkt hat.**

§ **Die hiesige Strafkammer** hatte das Dienstmädchen Aniela Skrzypek aus Kolmar wegen Kindestötung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie ihr uneheliches Kind unmittelbar nach der Geburt erwürgt und die Leiche in einem Karton, den sie unter ihr Bett stellte, versteckt hatte. Das von ihr angerufene Posener Appellationsgericht als Revisionsinstanz setzte die Strafe auf ein Jahr Gefängnis herab.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Folgenschwere Steinsprengung.

c. Znin, 15. September. In Bialoschewin (Białoczewin) ereignete sich vor einigen Tagen ein schwerer Unfall. Dem Landwirt Głowacki, der mit dem Sprengen von Steinen beschäftigt war, explodierte eine Ladung scheinbar zu früh. Ein Steinsplitter riß ihm die Hand total ab.

z **Inowrocław**, 15. September. Im Dorfe Klepary hiesigen Kreises entstand am Montag nachmittag gegen 5½ Uhr auf der Besitzung des Landwirts Vincent Jakubowski durch heraussprühende Funken aus der Lokomobile beim Dreschen ein Feuer, das mit solcher Schnelligkeit um sich griff, daß binnen kurzer Zeit die mit Getreide angefüllte Scheune, ein Viehstall und der Dreschkasten vollständig vernichtet wurden. Der Schaden beträgt 20 000 Zł. Von dem herrschenden Winde wurde das Feuer auch auf das Nachbargrundstück des Landwirts Piotr Łuczkowski getrieben und auch hier wurden die mit Getreide gefüllte Scheune und ein Viehstall in Asche gelegt. Hier beziffert sich der Schaden auf 15 000 Złoty. — Am vergangenen Donnerstag fand eine Stadtverordnetensitzung statt. Beschlossen wurde die Wiedereinführung der Krammärkte vom Jahre 1934 ab. Es sollen 6 Jahrmärkte jährlich abgehalten werden. In der Frage der Inowrocławer Mittelschulen wurde beschlossen, daß diese vorläufig noch bestehen bleiben, aber jedes Jahr eine Klasse liquidiert werden soll, so daß die Schulen mit der Zeit vollständig aufgehoben werden. Gewählt wurde für das Kaufmannsgericht zum Vorsitzenden Richter Wawrzyniak und zum stellvertretenden Vorsitzenden Richter Witaszek. Beraten wurde über die Errichtung eines größeren Hauses für die Exmittierten. Beschlossen wurde, vom 1. Oktober ab für eine Kilowattstunde Strom 70 Groschen, für einen Kubikmeter Gas 40 und für ein Kubikmeter Wasser 30 Groschen zu erheben, ferner dem Verein „Vincenty a Paulo" zum Bau einer Kinderbewahranstalt an der ul. Blonia ein Stück Land von 600 Quadratmetern auf die Dauer von 30 Jahren ohne Entschädigung und weitere 1500 Quadratmeter für den Pachtpreis von 1 Złoty pro Quadratmeter und Jahr zu verpachten. Zum Schluß wurde noch beschlossen, der Stadt Inowrocław die Vorstadtgemeinden Szymborze, Jacewo, Kruślewice und Rabin einzuverleiben.

& **Posen** (Poznań), 14. September. An der Ecke der früheren Neuen Garten- und Auguste Viktoriastraße wurde der in den 50er Jahren stehende Kaufmann und Delikateßwarenhändler Wittkowski heute vormittag von einem Lastkraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Schuldfrage an dem tragischen Unfall ist noch nicht geklärt.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 16. September 1932.

Krakau — 2,97, Zawichost + 0,74, Warschau + 0,60, Płock + 0,39, Thorn + 0,22, Fordon + 0,26, Culm + 0,16, Graudenz + 2,26, Kurzebrak + 0,48, Piekel — 0,30, Dirschau — 0,42, Einlage + 2,24, Schiewenhorst + 2,52.

Die Rechte der Angestellten-Versicherten.

Wir brachten vor einigen Tagen die Notiz, daß der Verband der Versicherungsanstalten für geistige Arbeiter dem Ministerium für öffentliche Fürsorge den Antrag auf eine Reform der Versicherung der geistigen Angestellten vorgelegt hat. Diese Notiz versahen wir mit einigen kritischen Bemerkungen. Jetzt nimmt auch der Krakauer **„Ilustrowany Kurjer Codzienny"**, ein der Regierung nahestehendes Organ, gegen den Plan einer Reform der Versicherung in einem Aufsatz Stellung, der um so aktueller ist, als sich das Ministerium bereits mit der Forderung des erwähnten Verbandes beschäftigt. Dieser Artikel des Krakauer Organs bewegt sich in folgenden Gedankengängen:

Wieder einmal ist die Rede von der Versicherungsanstalt für geistige Angestellte, die sich dauernd den Versicherten in Erinnerung bringt. So oft man in den Zeitungen eine Meldung über den Verband der Versicherungsanstalten für geistige Arbeiter liest, wirft man stets die Frage auf, was nun wieder kommen soll. Und stets erfährt man, daß der Verband beabsichtigt, die Beiträge zu erhöhen, die Leistungen zu verringern, die Renten bzw. Pensionen nicht auszuzahlen usw. Mit einem Worte: dieser Verband, der dauernd Millionenbeträge einkassiert, hat niemals Geld, wenn es sich darum handelt, den Verpflichtungen nachzukommen. Der Verband der Versicherungsanstalten für geistige Arbeiter ist anscheinend die einzige Versicherungsinstitution der Welt, die ständig gegen die Versicherten eingenommen ist, die nur auf die Taschen der Versicherten lauert.

Schon die letzten Meldungen von der beabsichtigten Herabsetzung der Leistungen für den Fall der Arbeitslosigkeit und von der gleichzeitigen Erhöhung der Beiträge haben unter den Versicherten Empörung und Entrüstung ausgelöst. Man erhob den Einwand: Wozu zahlen wir, wenn es sich im Notfalle herausstellt, daß kein Geld vorhanden ist und daß man noch mehr zahlen soll. Doch man rechtfertigte sich damit, daß eine Krisis herrsche, daß die Höhe der Beiträge in normalen Zeiten festgesetzt worden sei, daß man sich an den Staat um Hilfe gewandt habe, daß dieser jedoch infolge der schweren Zeiten nicht helfen könne. Mit einem Worte, es wimmelte von Argumenten, nur Geld gab es nicht. Doch nicht genug damit. Schon vor einigen Tagen sprach eine Delegation im Ministerium für soziale Fürsorge vor und machte den Vorschlag, zugunsten des Arbeitslosenfonds den Pensionsfonds anzugreifen; dort gebe es noch Geld. Inzwischen erfuhr man einige Tage später, am letzten Sonntag, daß die Absichten des Verbandes der Versicherungsanstalten für geistige Arbeiter noch viel weitgehender sind, daß in den dem Ministerium vorgelegten Anträgen des Verbandes der erwähnten Versicherungsanstalten bezüglich der Reform der Versicherung der geistigen Arbeiter schöne Blüten zum Vorschein kommen. Diese Reform betrifft ein Gebiet, das überhaupt erst jetzt normal zu funktionieren begonnen hat, und zwar das Gebiet der **Altersrenten bzw. Pensionen.**

Nach den bis jetzt verpflichtenden Bestimmungen stand die Altersrente solchen Angestellten zu, die in der Versicherungsanstalt versichert waren und das 65. Lebensjahr erreicht hatten. Die Altersrente sollte 40 Prozent ihrer Durchschnittsgehälter betragen, deren Höchstgrenze mit 720 Złoty monatlich angenommen wurde. Die dem Ministerium vorgelegten Anträge fordern vor allem eine Herabsetzung der Rente von 40 auf 30 Prozent. Außerdem wird der Vorschlag gemacht, daß für den Fall einer weiteren Erwerbstätigkeit das von den Versicherten bezogene Gehalt von der Rente in Abzug gebracht werden soll. Überschreitet die Höhe des Gehalts die Höhe der Rente, so hat der Versicherte überhaupt nicht das Recht, eine Altersrente zu beziehen.

So sieht das „Reformprojekt" aus. Und nun sehen wir uns endlich einmal den rechtlichen Stand an, um die Absichten der Versicherungsanstalten beim richtigen Namen nennen zu können. Jeder geistige Arbeiter zahlt einen gewissen Monatsbetrag zu dem Zweck, um nach einem gewissen Alter die ihm zustehende Rente zu erhalten. Es besteht ein Versicherungsabkommen, das auf Grund der Versicherungskalkulation abgeschlossen wurde. Die Zahlung des dem Angestellten zustehenden Betrages unter den in dem Abkommen im gegebenen Falle durch das Gesetz im Augenblick des Abschlusses dieses Abkommens vorgesehenen Bedingungen ist eine kardinale Pflicht der Versicherungsanstalt. Es geht niemanden etwas an, ob der Versicherte in dem Augenblick, in dem die Pflicht zur Zahlung der Rente durch die Anstalt beginnt, weiter ein Gehalt bezieht, oder ob er ein privates Vermögen hat oder nicht; denn er ist doch nicht auf irgend eine Gnade der Anstalt angewiesen, sondern diese gibt nur die vom Versicherten hinterlegten Beträge zurück. Nehmen wir einmal an, daß irgend jemand in irgend eine Sparkasse monatlich 50 Złoty einzahlt. Nach zehn Jahren wenden wir uns an die Kasse, daß sie uns die eingezahlten Ersparnisse zurückzahlen solle. Darauf antwortet die Kasse: „Aber lieber Herr, wir haben erfahren, daß Sie noch Geld verdienen, daß Sie sich bewegen können, daß Sie vollkommen gesund sind. Wir können Ihnen dieses Geld nicht zurückzahlen. Ihre Ersparnisse werden wir einem anderen leihen, werden große Häuser und teure Luxushotels bauen." Was würde wohl der Klient einer solchen Bank machen? Er würde die Sache dem Staatsanwalt übergeben. Oder ein anderes Beispiel: Angenommen, daß irgend jemand sich in der ersten besten privaten Versicherungsgesellschaft versichert unter der Bedingung, daß ihm nach dem 65. Lebensjahre eine monatliche Rente ausgezahlt werden solle. Bei dem Abschluß des Vertrages berechnet die Gesellschaft das Kapital, die Zinsen, nimmt die sogenannte Sterblichkeitstabelle zur Hand, und hieraus ergibt sich der Versicherungsbeitrag, den sie eine Reihe von Jahren anhäuft zu dem Zwecke, daß der Versicherte, nachdem er das 65. Lebensjahr erreicht hat, jeden Monat den Betrag erhält, auf den er sich versichert hat. Ganz genau dasselbe hat für die Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter zu gelten. Es ist noch kein Fall vorgekommen, daß irgend eine Versicherungsgesellschaft in dem Augenblick, da der Versicherte das 65. Lebensjahr erreicht hat, die Zahlung der Versicherungssumme mit der Begründung abgelehnt hätte, es habe z. B. in der Abteilung der Feuerversicherungen so viel Brände gegeben, daß der Fonds dafür nicht ausreiche, und man müsse daher die Abteilung für Lebensversicherungen in Anspruch nehmen. Beruht doch gerade darauf das sogenannte Risiko, das von jeder Versicherungsgesellschaft in den Policen berücksichtigt wird. Für den Pensionsfonds zahlen sämtliche geistigen Arbeiter. Man zog diese Beträge unter der Bedingung ein, daß sie im 65. Lebensjahre 40 Prozent ihrer Gehälter erhalten. Sie zahlten die Beträge in dem guten Glauben, daß dies auch geschehen werde. Und heute erklärt plötzlich der Verband der Versicherungsanstalten für geistige Arbeiter, daß er diesen Vertrag nicht innehalten wolle. Dies ist offensichtlich **eine rechtswidrige Handlung, ein Mißbrauch des guten Glaubens, ohne irgend welche Gewissensbisse.**

Es ist klar, daß solche Anschläge auf die Rechte der Versicherten in hohem Maße dazu beitragen, die Idee der Versicherungen selbst zu untergraben. Wenn bis jetzt Klagen über die mit den sozialen Versicherungen verbundenen Lasten laut wurden, so pflegte man von einem „kapitalistischen Anschlag" auf die Wohltaten der sozialen Versicherung zu sprechen. Heute werden Proteste und Entrüstung nicht so in Kreisen der Arbeitgeber, als der Arbeitnehmer laut, die sehen, daß die unbarmherzig eingezogenen Beiträge bedroht sind. Die Verwirklichung der Ideen der Versicherungsanstalt käme einer Anmeldung der Zahlungsunfähigkeit gleich, der Bankrott der Anstalt aber dem Bankrott der Idee selbst. Gerade weil ein Versicherungszwang besteht, sind die Schritte der Herren von der Versicherungsanstalt um so empörender und unerhörter. Es würde sich hier um einen Versuch handeln, einen Teil des Arbeitsverdienstes ohne Entschädigung zu enteignen.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 213

Am Donnerstag, dem 15. September, vormittags 6½ Uhr, verschied plötzlich am Herzschlag mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, mein lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kaufmann

Richard Stolzmann

im Alter von 43 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen
Hedwig Stolzmann geb. Radtke.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 19. September, nachm. 4 Uhr, von der Halle des neuen evangelischen Friedhofes aus statt. 7583

Plötzlich und unerwartet verschied am 15. September der langjährige Chef, Mitinhaber und Geschäftsführer unserer Firma

Herr Richard Stolzmann

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Das Personal der Firma 7584
Poznańsko-Pomorska Centrala Zakupu i Eksportu jaj T. z o. p., Bydgoszcz.

Am 14. entriß der Tod nach kurzem schweren Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere treusorgende Mutter

Berta Grosenick

im Alter von 40 Jahren 4 Monaten.
Dies zeigen tiefbetrübt an 3595
B. Grosenick nebst Kindern.
Lochowice, den 14. September 1932.
Die Beerdigung findet Sonntag, d. 18. 9., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Allen denen, die unserer lieben Mutter die letzte Ehre erwiesen haben, dem Herrn Pfarrer **Wurmbach** für seine trostreichen Worte am Sarge und Grabe, für die schönen Blumenspenden sowie dem hiesigen Jungmädchen-Verein sprechen wir hiermit unseren **herzlich tiefempfundenen Dank** aus. **Geschwister Raue.**
Bromberg, den 16. September 1932. 7578

Chicke und gutsitzende **Damen-Toiletten** sow. **Mäntel u. Kostüme** w. z. sol. Preis. gefertigt. 3488 **Jagiellońska 42, I.**

Staff Karten.

Horst

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hocherfreut an

Georg Mühle und Frau
Anita geb. Münter.

Bydgoszcz, den 15. 9. 32. 3594

Verreise auf ca. 10 Tage
Dr. Krebs
Vandsburg. 7581

Ingenieur-Schule Weimar Deutschland 6785
Flugzeugbau / Fliegerschule / Papiertechnik
Eig. Lehrwerkstätten
Maschinenbau / Elektrotechnik / Automobilbau
Prospekt anfordern

Kleines graues **Angora-Kätzchen** verloren gegangen. Geg. Belohng. abzug. **Weynerowski, Mickiewicza 13.** 3592

Hebamme nimmt Bestellungen entgegen u. erteilt Rat **C. Dolacińska, Chrobrego 10.** 3481

Hohlsaum und Ankettlung (Zick-Zack) am billigst. **Bittdorf, Długa 5.** 3526

Tüchtiges, evangelisches

Alleinmädchen

häuslich und mit allen Hausarbeit. vertraut, das kochen, plätten und nähen kann, für besser. Haushalt in Bromberg (ält. Ehep.) z. 1. Oktbr. gesucht. Nur Mädchen, die schon in bess. Häus. beschäft. waren, werd. berücksichtigt. Angeb. m. Zeugnisabschrift. und Angabe der Lohnanspr. unter **P. 7488** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Stubenmädchen

geschickt im Nähen u. Servieren, gesucht zum 1. Oktober, nur mit gut. Zeugnissen. Zeugnisabschriften einsenden. 7570
Frau Hasbach
Hermanowo
pow. Starogard.

Billige Damenartikel! 138

Strümpfe Macco	0.95	Filzhausschuhe	2.50
Strümpfe Seide	1.25	Kamelh.-Kragenschuhe	4.50
Schlüpfer Trikot warm	1.25	Stoffschuhe, Ledersohle	6.95
Strümpfe Bemberg	2.25	Sammetschuhe	7.95
Blusen reine Wolle	3.50	Boxcalfschuhe schwz. o. brn.	8.95
Pullover „ „	5.95	Lackschuhe, gedoppelt	9.95
Jacken „ „	6.95	Chevreauschuhe	12.90
Mäntel	9.90	Wildlederschuhe	12.90

MERCEDES Bydgoszcz Mostowa 3

Schlaak & Dąbrowski
Sp. z o. p.

Bydgoszcz, ul. Bernardyńska 4
liefern

Oberschles. Stein-Kohle
Hüttenkoks, Briketts

in prima Qualität 7436
waggonweise und in kleineren Mengen
aus den Gruben des Koncerns „Robur" Katowice
Tel. 150 u. 830. **Tel. 150 u. 830.**

Aus Anlaß des Beginns der
Herbst- und Winter-Saison

veranstalten wir

am Sonntag, dem 18. d. Mts., 4 Uhr nachm.

in der 2. und 3. Etage unseres Geschäftshauses eine

MODENSCHAU



Eingang von der ul. Dworcowa

Gdańska 10-12 **BYDGOSZCZ** Tel. 354 u. 17

Hebamme
erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zugesichert. 3341
Danek, Dworcowa 66.

Polnische Sprache,
Konversation, Handels-Korrespondenz, Stenograph. erteilt billig eine **Dame** aus Warschau, Krasińskiego 11, 1. Stock Tel. 872 (zw. 10-12). 3544

Zur Jagd
auf **Hühner** hat die besten
Flinten und Patronen
Fa. **„Hubertus"**
Grodzka 8, Ecke Mostowa
Fernruf 652.
Fernrohr - Montagen — Fernrohre. 6655

Kirchenzettel.

Sonntag, den 18. Sept. 1932 (17. Sonntag n. Trinitatis)
* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Bromberg. Paulskirche. Vormitt. 10 Uhr Sup. Aßmann, 11½ Uhr Kindergottesdienst, nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindehause, Donnerstag, abds. 8 Uhr Missionsvortrag im Gemeindehause, Herr Boerner.

Evangl. Pfarrkirche **Vorm. 10 Uhr Pfr. Hesekiel,** ½12 Uhr Kindergottesdst., **Dienstag,** abends 8 Uhr **Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.**

Christuskirche. Vorm. 10 Uhr **Pfr. Wurmbach***, ½12 Uhr Kindergottesdst., **Dienstag, abds. 8 Uhr Vereinsstd. des Jungmänner-Vereins.**

Luther-Kirche. Frankenstraße 44. **Vorm. 10 Uhr** Lesegottesdienst, nachmitt. 2½ Uhr **Feier des Kindergottesdst. im Gemeindesaal,** 3 Uhr Jugendbund, Mittwoch, ab. 7½ Uhr Vortrag des Blindenmissionars Lörner. Vom 22.—28. 9. **Volksmissionswoche durch Herrn Diakon Herrmann, Langenolingen,** tägl. nachm. 5 Uhr Bibelstunde, abds. 7½ Uhr Evangelisationsvortrag im Gemeindesaal.

Kl. Bartelsee. Vormitt. 10 Uhr Predigtgottesdienst, ½12 Uhr Kindergottesdst., nachm. 4 Uhr Frauenhilfe, Dienstag, abds. ½8 Uhr Jungmännerversammlung Freitag, ab. 7 Uhr Singen.

Schröttersdorf. Montag abends ½8 Uhr Singen, Donnerst., nachm. ½5 Uhr Frauenhilfe.

Baptisten-Gemeinde. Rinkauerstr. 41. Vormittag ½10 Uhr Gottesdienst, Pred. Becker, 11 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Pred. Becker, 6 Uhr Jugendvereine, Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Neuapostolische Gemeinde, Sniadeckich 40. Vorm. 9½ Uhr Gottesdst., nachm. 3½ Uhr Gottesdst., Montag, abends 7½ Uhr Gesangstunde, Mittwoch, abds. 8 Uhr Gottesdienst.

Ev.-luth. Kirche. Posenerstr. 25. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst, Freitag, abds. 7 Uhr Bibelstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft. Marcinkowskiego (Fischerstraße) 3. Vorm. 8¾ Uhr Gebetstunde, nachm. 2 Uhr Kinderstunde, 3½ Uhr Jugendbund, 5 Uhr Gesang-Evangelisation des Konzertsängers Viinamägi Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelstunde, Pred. Gnauk.

Evangelische Gemeinschaft, Töpferstr. (Zduny) 10 Vorm. ½10 Uhr Predigt, nachm. ½3 Uhr Sonntagsschule, Pred. Wecke, 4 Uhr Jugendbund, abds. 8 Uhr Predigt, Prediger Wecke, Montag, abends 8 Uhr Gesangstunde, Donnerstag abds. 8 Uhr Bibelstunde.

Lochowo. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Cielle. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, anschließend Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Jungmännerversammlung.

Schulitz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, ½12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Versammlung der männl. Jugend im Konfirmandensaal, Mittwoch, ab. 7 Uhr Bibelstunde.

Otterane - Langenau. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdst., danach Kindergottesdienst.

Grünkirch. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst, nachm. ½3 Uhr Kindergottesdienst

Osielsk. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Weichselhorst. Vormitt. 10 Uhr Kindergottesdienst.

Nowawieś Wielka. Nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Vik. Wiegert.

Złotniki-Kuj. Vormitt. 9 Uhr Gottesdienst, Vik. Wiegert.

Mtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Nakel. Vormitt. 10 Uhr Gottesdst., 11¼ Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Jungmännerverein 4½ Uhr Teeabend der Frauenhilfe.

Kacheln weiß u. farbig
Transportable Kachelöfen
Eis. Herde
billigste Preise große Auswahl. 7035
O. Schöpper,
Bydgoszcz, Zduny 9.

Heirat

Besitzerin ein. 106 Mrg gr. Landwirtsch., wscht vermög. evgl. Herrn im Alt. v. 25-35 J. **zw. Heirat** kenn. zu lernen. Off. m. Bild, welch. a. W. zurückges. w., u. **Nr. 7568** an d. Gschst. **Kriedte, Grudziądz**

Aelt., **selbständiger Geschäftsmann** (Bäckerei u. Konditorei) sucht gebildete Witwe oder älteres Fräulen zwecks

Heirat

kennen zu lernen, evtl. Einheirat. Off. unt. **W. 7552** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Landwirt, 30 J., evgl., Verm. 15000 zł, wünscht vermg. Dame **zw. Heirat** kenn. zu lernen. Off. m. Bild unt. **Nr. 7569** an d. Gschst. **Kriedte, Grudziądz**

Geldmarkt

5-6000 Złoty
auf 32 ha groß. freier Landw. aus priv. Hand v. sof. od. spät. gesucht. Gefl. Off. u. **B. 7551** a. d. Geschäftsst. d. Z. erb.

Offene Stellen

Für **das Rentamt** einer Herrschaft mehrerer Güter wird ein **Korrespondent gesucht,** der ein flotter Maschinenschreiber auch auf Diktat sein muß, fleißig, ehrlich und zuverlässig ist. **Flotter Stenograph u. Landwirtssohn** wird nach Erfüllung obiger Forderungen bevorzugt. Angebote mit eingesandtem Lebenslauf, welcher ununterbrochene Aufenthaltsangaben vom 14. Lebensjahre an enthalten muß, mit Abschriften aller vorhandenen Zeugnisse, welche nicht zurückgesandt werden, sowie Gehaltsforderung sind zu richten unt. **E. 7449** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Suche vom 1. 10. oder später für 650 Morgen Ia gr. Gut Nähe Inowrocław z. mein. Unterstützung tücht., fleißig., jungen

Besitzersohn

welcher sich weiter ausbilden will, od. **älteren, einfachen Beamten** bei ca. 50 Zł. Gehalt. Leutevogt vorhand. Off. mit Lebensl. resp. Zeugn.-Abschr. unter **D. 7580** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

---

2. Beamter

evgl., nicht über 20 J., für Hof u. Buchführg., zu sofort od. 1. Oktober **gesucht.** Bewerb. mit Lebenslauf u. Angabe des Taschengeldes an

Rittergut Kokoszki,
pow. Kartuzy 7561
(Kokoschken b. Danzig).

---

2. Beamter

unverh., evgl., möglichst der polnischen Sprache mächtig, für **mittlere Rübenwirtschaft** zum 1. Oktob. gesucht. Meld. oh. Rückporto u. **U. 7522** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Ersttlassiger 7571

Wurstarbeiter

kann sich melden.
W. Gründer,
Jabłonowo, Pom.

Auf ein Gut bei Inowrocław

Lehrerin

mit Unterrichtserlaubnis für 9jähr. Mädchen gesucht. Zeugn. u. Gehaltsanspr. unt. **F. 7451** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Als **Hofverwalter und Gutssekretär** für den Verwalter von drei Gütern wird **unverh., evgl.** **Landwirtssohn** im Alter v. 20 bis 30 Jahren **gesucht,** welcher absolut ehrlich und zuverlässig ist, eine leserliche, möglichst gute Handschrift hat, gesund und fleißig ist. Angebote mit eingesandtem Lebenslauf, welcher ununterbrochene Aufenthaltsangaben vom 14. Lebensjahre an enthält, sowie alle Zeugnisabschriften, die nicht zurückgesandt werden, und Gehaltsforderung sind zu richten unt. **D. 7448** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Stellengesuche

Landwirtssohn,
22 J. alt, Militärzeit beend., d. Poln. i. Wort u. Schrift mächt., 2 Jhr. Praxis i. d. elterl. Nied.-Wirtsch., sucht Stellung als landw. Beamt. Off. u. **Nr. 7531** a. d. Geschst. **A. Kriedte, Grudziądz.**

Evgl. **Landwirtssohn,** 27 J. alt, verheir., 5½ J. Prax., beid. Landesspr. mächt, **sucht** v. sof. od. später **Stellung** als **verheiratet. od. unverheirat. Beamter** bei zeitgemäß. Gehalt. Gefl. Offert. unt. **A. 7574** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Eleve

mit einjährig. Praxis, energisch, **möchte die Stelle ändern,** um sich weiter auszubilden. Höhere Schulbildung. Polnisch in Wort und Schrift. Gefl. Off. u. **C. 7577** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Aelter. Mann

erfahren in der Landwirtschaft, außerdem Fachmann i. Bauhandwerk, ohne jegliche Mittel z. Leben, **bittet um irgendwelche Beschäftigung,** am liebsten in der Landwirtschaft. Nach Auszahlg. seines Vermögens in Höhe v. 4000 Zł. möchte er diese geben zum lebenslängl. Unterhalt. Off. nimmt entgegen **Bartkowiak, Bydgoszcz,** Orla 42. 7558

Molkereiverwalter

36 Jahre alt, verheir., kinderlos, Molkereisch., deutsch-polnisch, einige Tausend Kaution, **sucht Stellung.** Gefl. Angeb. unter **B. 3586** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Jg. Elektromonteur
bittet bei sofortig. Eintritt **um Anstellung.** Gfl. Angebote unt. **A. 3585** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Erfahrener **Müllergeselle**
mit sämtl. Maschinen vertraut, sucht Stellung in gr. od. kl. Mühle.
Oskar Steinke,
Sipiory, pow. Szubin.
3590

Suche Stellung als

Gärtner

v. 1. 10. od. spät., w. evtl. sp. Verheirat. gest. Bin evgl., 27 J. alt u. m. all. Arbeiten best. vertraut, w. Treibh.-, Frühb.- u. Topfkult. übern., auch Feld-, Forstschutz und Fischerei. Gute Zeugn. zur Seite. Offert. unt. **S. 7416** a. d. Geschst. d. Z.

Suche eine Stelle als

Molkerei-Lehrling

Gefl. Angeb. zu richt. an
Richard Bleich,
Kruszki, p. Łobżenica,
pow. Wyrzysk. 7559

Buchhalterin

routinierte, i. allen vork. Büroarbeit. firm, der deutsch. u. poln. Spr. in Wort u. Schrift vollk. mächt., **sucht v. sof. pass. Anstellung,** oder als **Gutssekretärin.** Gefl. Angeb. u. **W. 3435** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Tücht. erfahr. **Wirtin,** perf. in allen Zweigen e. Haushalts sucht vom 15. 10. od. spät. Stellung i. bess. Hause. Gt. Zeugn. vorh. Gefl. Off. u. **C. 3587** a. d. Geschäftsst. d. Z. erb.

Suche Stell. **als Stütze der Hausfr. od. Wirtin** p. sof. od. 1. 10, Bin 27 J. alt, gute Zeugnisse vorh. Off. u. **S. 3560** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Blumenbinderin
sucht Stellg. Angeb. an **Drążkowska, Chełmża,** Strzelecka 8. 5576

Suche Stellung i. bess. Hause, a. liebst. i. frauenlos. Haush. Gute Zeugn. vorh. Anfr. An.-Exp. **Holtzendorff,** Pomorsk. 5
3583

Aelt., alleinsteh. **Witwe sucht** vom 1. 10. Stellg. bei ält. Herrn od. Dame bei bescheid. Ansprüch. Fr. **Kühn, Bydgoszcz,** Nowodworska 8. 3534

Evgl. Wirtin
sucht vom 1. Oktob. od. später **Stellung.** 7575
Schwestern-Station
Witkowo, Poznańska 33.

Mädchen
21 J., **sucht Stellung** zu Kindern od. als Stubenmädchen. Nähk. vorhd.
Gertrud Wegner,
Dąbrowa-Chełm. 7553

Ehrl. fleiß. ält. Mädch.
mit gut. Zeugn., **sucht** z. 1. Okt. **Stellung.** Gefl. Off. u. **A. 833** an Ann.-Exp. **Wallis, Toruń,** erb.
7490

Wirkungskreis
i. frauenlos. Haush. od. b. ält. Ehep. **sucht** arbeitsfreud., alleinsteh. **Frau,** 37 J. Gefl. Zuschr. unt. **B. 834** erb. a. Ann.-Exp. **Wallis, Toruń.** 7529

Aeltere, evang. Landwirtstochter
erfahren u. zuverlässig, **sucht** Stellung i. Stadt- od. Landhaushalt. Gefl. Angebote unt. **B. 7576** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Jung., evgl. **Mädchen** v. Lande **sucht Stellung**
als Haus- oder Stubenmädchen.
Näh- u. Kochkenntnisse vorh. Frdl. Zuschr. u. O. 7480 a. d. Geschst. d. Zeitg.

Evgl., ehrlich, zuverl. **Mädchen sucht Stellg.** in kleinerem Haushalt, auch mit einem Kinde. Offerten unter **U. 3579** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evang. Mädchen, 21 J. alt, **sucht** zum 1. Okt. od. später Stellung als

1. Stuben- oder Hausmädchen.

Im Servieren, Nähen, Zimmerarb. u. Wäschebehandlung vertraut. Gut. Zeugn. vorhand. Off. u. **T. 7519** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

An- u. Verkäufe

Essig-Fabrik
gutgehend, mit **Grundstück zu verkaufen.** Anfr. u. **R. 7401** a. d. G. d. Z. erb.

Friseur-Geschäft
in Bydgoszcz, gutgehd., 38 J. in derselb. Hand, krankheitshalb. zu verkaufen. Ausk. erteilt d. Geschäftsst. d. Ztg. 3498

Jungeber
von 5 Monaten aufwärts, bester Herdbuchstammung, robustes Hochzuchtmaterial des großen weißen Edelschweines, gibt ab zu 100 zł den Zentner 7503
Gutsverwaltung
Jeleniec,
p. Małe Czyste,
pow. Chełmno.

Zu verkaufen **junge Hunde** (Wölfe) 3588
Bielawki, Cicha 10.



Junge **Wolfshunde** garantiert rasserein Elt. u. Großelt. i. Dtschl. mit 1. Preisen präm. verkauft Sutorowski, **Toruń,** Prosta 19. 7564

Verkf. schwere, weiße
Zuchterpel
zu 10 Zł. u. Enten zu 8 Zł. **Poledno,** powiat Swiecie. 7572

Rehböcke
Rebhühner
sämtl. Geflügel
kauft zum Export 7562
F. Rose, Bydgoszcz, Pomorska 1 — Tel. 907.

Gut erhalt. **Halb-Lastauto,** Marke Banton billig zu verkaufen. 3574
L. Kluck, Toruńska 13.

Motorrad
B. M. W., 500 ccm, **komplett,** sof. billig zu verkauf. **Handel Skor,** Batorego 4. 3515

Alte Häckselmaschine, einspänn., verk. Eigentümerin, Witwe, in Toruń-Mokre. Zu erfr. b. **Br. Durmowicz, Toruń** Rynek Starom. 17. 4547

Wohnungen

Sonnige 7-Zimmerwohnung, 1. Etage, am Markt geleg., für Arzt oder Rechtsanwalt geeign., z. verm. Off. u. **W. 3581** a. d. Geschst. d. Zeitg.

4-Zimmerwohnung mit Bad, part., Nähe Wollmarkt, ab 1. 10. 32 a. ruh. Miet. z. vrm. Off. unt. **D. 3591** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Zwei Zimmer u. Küche zu mieten **gesucht.** Angebote u. **Z. 3582** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Möbl. Zimmer

2 gut möbl. Zimmer z. 1. 10. zu vermiet. 7544
Zaciszе 7, Wohnung 3.

Möbliert. Zimmer
sofort zu verm. Fibich, Hetmańska 20. 7280

---

2 möbl. Zimm. evtl. mit Küchenben. z. vrm. **Mickiewicza 1,** W. 5. 3589

Kino Kristal
Beginn: 7 und 9
Sonntags ab 3.20
Eintrittspr. ab 49 gr

Heute, Freitag, Premiere! des monumentalen Filmkunstwerkes d. Fox-Produktion 1932/33. Es ist ein Werk, das jed. verständlich ist, jed. ans Herz rührt u. in dauerndem **Andenken bleibt. Regie:** Henri King.

„Mutter"
Die Freuden und Leiden einer Mutter. 7573

In d. Hauptrollen:
Mac Marsh
James Dunn
Sally Eilers

Ein außerordentliches Werk; vor ihm gibt es keine Rassen u. keine Nationen, nicht Gebildete und Ungebildete, keine politischen u. keine Konfessionsunterschiede; denn dieses Hohelied der Mutterschaft schlägt in stärkstem Akkord **jene Töne an, die in jeder Menschenbrust anklingen.**

Beiprogramm: **Neueste Fox-Wochenschau.**
Der Katholikentag in Essen.
Feierl. Eröffnung d. Olympiade in Los Angeles.
Sieg des Polen Kusocinski im 10 000 m Lauf.
Deutsche Beschreibung.

Pommerellen.

16. September.

Graudenz (Grudziądz).

Kirchliche Woche in Graudenz.

Im vorigen Jahr hat die ebenfalls für Graudenz schon vorbereitete Kirchliche Woche infolge der schweren wirtschaftlichen Not ausfallen müssen. Die wirtschaftliche Lage ist in diesem Sommer zwar nicht besser geworden, immerhin erwies es sich nach ernsten Überlegungen als unmöglich, in diesem Jahre auf die größte kirchliche Veranstaltung unseres Gebietes noch einmal zu verzichten. Allgemein war schon im Laufe des ganzen Jahres der dringende Wunsch laut geworden, die Kirchliche Woche bestimmt wieder stattfinden zu lassen. Von vielen Seiten wurde es bezeugt, daß gerade die Notzeit den Zusammenschluß und die Besinnung auf innere Kräfte und Aufgaben notwendig macht. Die beteiligten Verbände haben deswegen beschlossen, die Kirchliche Woche wieder stattfinden zu lassen, wenn auch in etwas verändertem Rahmen, nämlich stark gekürzt wie es den Forderungen der Sparsamkeit entspricht. Graudenz, das in diesem Jahr schon eine Reihe von Tagungen erlebt hat, hat trotzdem das Angebot seiner Gastfreundschaft vom vorigen Jahr aufrecht erhalten. Es sind diesmal die freien Tage vom 31. Oktober bis 2. November gewählt worden. Einmal soll dadurch recht vielen, die in der Woche selbst nicht abkömmlich sind, Gelegenheit gegeben werden, an der Kirchlichen Woche teilzunehmen, andererseits läßt sich dadurch auch die Quartiergewährung etwas leichter gestalten. Es sind diesmal nicht drei, sondern nur 2 volle Tage, und zwar sind Männer- und Frauentag zusammengelegt worden, während der Jugendtag als selbständiger Tag verbleibt. Einzelheiten über die Gestaltung der Tage werden noch bekannt gegeben werden.

Auch das Gesamtthema vorigen Jahres ist erhalten geblieben. Es lautet: Der Bolschewismus und wir Christen. Die einzelnen Vorträge sollen sich mit den Gefahren, die der Bolschewismus auch in unseren Lebenskreis und in unsere Gedankenwelt hineinträgt, beschäftigen, zugleich aber auch das Rüstzeug für den inneren Abwehrkampf darbieten. Die Redner für die einzelnen Vorträge haben schon zum Teil zugesagt. pz.

× **Auf neun Lebensjahrzehnte zurückblicken** konnte am Mittwoch, 14. d. M., ein hiesiger deutscher Mitbürger, der Veteran Gottlieb de Lamotte, Mitkämpfer in den Feldzügen von 1866 und 1871. Der hochbetagte, ehrenwerte Landsmann verbringt seinen Lebensabend im Evangelischen Hospital in der Salzstraße. Wohlmeinende Mitmenschen nehmen sich seiner in echt christlicher Nächstenliebe an. *

× **Eine Hauptattraktion der „Feuerwehr-Woche"** bildete die Feuerlöschübung, die Mittwoch nachmittag um fünf Uhr auf und an dem Fabrikbesitzer Schulzschen Etablissement stattfand. Es nahmen daran außer unserer Graudenzer Wehr Löschschutzabteilungen der Garnison, sowie die Wehren vom Bahnhof und aus Mischke teil. Von allen Himmelsrichtungen ging man der imaginären Feuersbrunst zu Leibe, die dem der Vorführung unterlegten Projekt zufolge durch eine auf das städtische, das Kino Nowości bergende Gebäude gefallene Brandbombe entstanden war und sich auf den daneben befindlichen Schulzschen Holzschuppen übertragen hatte. Mit 50 Rauchkerzen hatten Soldaten einen gewaltigen „Brandherd" erzeugt, bei dessen Bekämpfung die auf dem Bahnübergang stehende, ihr Wasser aus einem unter der Brücke postierten Tender erhaltende tüchtige Motorspritze der Eisenbahn sich ganz bravourös ins Zeug legte. Ein Viertelstündchen nur währte all' das, aber hinreichend, um den vielen Schauenden einige Spannungsmomente zu bieten. *

× **Feuersirenengeheul** erscholl Donnerstag mittag 12 Uhr. Seine Ursache war kein ausgebrochener Brand, sondern die in Warschau stattfindende Bestattung des Europaflugsiegers Oberleutnants Żwirko und des Flugzeugkonstrukteurs Ingenieurs Wigura, denen auf diese Weise eine Ehrung erwiesen werden sollte. *

× **Zwei gefährliche „Nachtarbeiter"** hat die Graudenzer Polizei jetzt dingfest gemacht. Es sind das der 40jährige Stefan Dobrowolski und der 32jährige Zygmunt Piechocki, beide wohnhaft in Aleksandrowo Kujawskie. Ein zur Bande gehöriger dritter Spitzbube konnte bisher noch nicht gefischt werden. Die Spezialität dieses feinen Kleeblatts war es, sich offenstehende Fenster aufs Korn zu nehmen und durch diese in Wohn- oder auch Schlafzimmer einzudringen. In Graudenz haben die Verhafteten zehn solcher Beutezüge vollbracht. Einige ihrer gestohlenen Sachen hat die Polizei erfassen können, und zwar Portemonnaies, Uhren, Rasiermesser, eine Brieftasche usw. Sie können Kirchenstraße (Koscielna) 15 besichtigt und eventl. in Empfang genommen werden. *

× **Dem letzten Polizeibericht** zufolge waren zwei Betrunkene und ein Landstreicher festzunehmen, sowie drei Protokolle aufzunehmen. — Durch einen Wohnungseinbruch wurde Felix Górski, Grabenstraße (Groblowa) 13, eine Anzahl Kleidungsstücke im Werte von 340 Złoty entwendet. Ferner stahlen Spitzbuben Franciszek Ponicki, Courbierestraße (Kosciuszki) 21, Obst im Werte von ca. 60 Zł. *

Thorn (Toruń).

‡ **Von der Weichsel.** Donnerstag früh betrug der Wasserstand fast unverändert 0.26 Meter über Normal. — Eingetroffen sind aus Warschau die Dampfer „Stanisław" und „Halka", die nach kurzem Aufenthalt nach Dirschau weiterfuhren. Die Dampfer „Reduta Ordona" und „Francja" starteten von hier nach Warschau. — Ab 15. September trat eine Änderung im Verkehr des Fährdampfers in Kraft. Die Fähre kursiert nunmehr nur noch bis 9.45 Uhr abends, d. h., um diese Zeit findet die letzte Abfahrt vom linksseitigen Ufer statt. Infolge des niedrigen Wasserstandes muß der Dampfer jetzt einen größeren Umweg machen, der natürlich Zeitverlust bedeutet. Für Reisende, die vom Hauptbahnhof (Toruń Przedmieście) abfahren wollen, empfiehlt sich daher frühzeitiges Erscheinen. **

v **Anmeldung zur Stammrolle.** Der Stadtpräsident gibt bekannt: Auf Grund des Artikels 25 des Gesetzes vom 8. März 1928 über die allgemeine Wehrpflicht werden alle jungen Männer, welche die polnische Staatsangehörigkeit besitzen und im Jahre 1912 geboren sind, aufgefordert, sich zwecks militärischer Registrierung mit Dokumenten (Geburtsschein, Personalausweis, Schul- und Fachzeugnis) im Laufe der Monate Oktober und November d. Js., zwischen 10 und 13 Uhr, im Rathause, Zimmer Nr. 6, zu melden. Es müssen sich alle jungen Männer melden, die ständig in Thorn wohnhaft sind. Von Thorn Abwesende, d. h. solche, die in der angegebenen Zeit außerhalb des Gebiets der Stadt Thorn sich aufhalten, oder die sich im Krankenhause oder im Gefängnis befinden, sind durch ihre Eltern oder deren Stellvertreter anzumelden. Im Falle der Unterlassung der Meldepflicht wird der Schuldige mit einer Geldbuße bis zu 500 Złoty, oder Gefängnis, oder mit beiden Strafen zusammen belegt. **

v **Öffentliche Ausschreibung.** Die Pommerellische Landesstarostei in Thorn (Starostwo Kraj. Pom. w Toruniu), ul. Mostowa 11, hat die Lieferung und Montierung von 2 Zentralheizungskesseln in der Landesirrenanstalt in Kocborowo bei Stargard zu vergeben. Ausschreibungsformulare sind gegen Zahlung von 2 Złoty erhältlich. **

v **Straßensperrung.** Im Zusammenhang mit den in Angriff genommenen Wohnhäuserbauten des Zakład Ubezpieczeń Pracowników Umysłowych in Posen wurde die Kloßmannstraße (ul. Krasińskiego) in dem Anschnitt von der Heppner- bis zur Pastorstraße (Matejki—Derdowskiego) für den Fuhrwerks- und Fußgängerverkehr gesperrt. Bei den Erdarbeiten für den Bau der sechs Häuserblocks haben etwa 100 Arbeitslose Beschäftigung gefunden. Der Bau der Häuser soll in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden. Wie verlautet, hofft man die Wohnhäuser, die für die Unterbringung der Beamten der Eisenbahndirektion bestimmt sind, vor dem 1. Januar fertigstellen zu können. **

t **Das städtische Bauamt** erteilte im Monat August 20 Baukonsense, darunter 5 zum Bau von Wohnhäusern, zwei zum Umbau von Wirtschaftsgebäuden in Wohnhäuser und 3 zum Um- bezw. Anbau von Wohnhäusern. **

‡ **Die Gesundheitsabteilung des Magistrats** und die Krankenkasse geben bekannt, daß die Tuberkulose-Beratungsstation aus den bisher innegehabten Räumlichkeiten in der Gerberstraße (ul. Wielkie Garbary) in das neue Gebäude der Krankenkasse an der früheren Hindenburgstraße (ul. 3 maja) verlegt wurde. Jedermann, ob Krankenkassenmitglied oder nicht, erhält hier kostenlose ärztliche Beratung und Auskunft betreffs seiner Lunge. Sprechstunden sind jeden Dienstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr nachmittags. **

t **„Hockersteuer".** Die hiesigen Gaststätten erhielten am Mittwoch vom Magistrat spezielle Blocks zugestellt zwecks Einkassierung von 50 Groschen für den Arbeitslosen-Unterstützungsfonds von jedem Gast, der nach Mitternacht noch in ihrem Lokal weilt. Die Kellner haben diese Steuer gegen Aushändigung eines numerierten Blockabschnitts einzukassieren und der Gaststätteninhaber ist für die Ordnungsmäßigkeit verantwortlich. **

‡ **Zwei menschliche Skelette,** die anscheinend schon Jahrzehnte in der Erde gelegen haben, wurden bei den Ausschachtungsarbeiten zum Bau der Wohnhäuser für die Beamten der Eisenbahndirektion auf der Bromberger Vorstadt gefunden. Die Staatsanwaltschaft erteilte die Genehmigung, sie auf dem alten Friedhof an der Graudenzerstraße (ul. Grudziądzka) beizusetzen. * *

‡ **Vermißtanzeige** erstattete Feliks Pluciński, Mellienstraße (ul. Mickiewicza) 67, bei der Polizei über seinen Stiefsohn, den 23 Jahre alten Zdzisław Stefan, der vor Jahresfrist zwecks Arbeitssuche fortgezogen ist und bisher noch kein Lebenszeichen von sich gegeben hat. * *

t. **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde nachts im Restaurant und Café „Esplanade" an der Parkstraße (ul. Konopnickiej) verübt. Die Täter lösten ein Brett von einem Holzschuppen und langten durch die Öffnung dreizehn geschlachtete Enten heraus, mit denen sie unerkannt entkamen. Der Schaden beträgt 40 Złoty. * *

‡ **Drei kleinere Diebstähle** und sieben Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften wurden am Mittwoch der Polizei gemeldet. Beschlagnahmt wurde wiederum ein falsches 5-Złotystück. — Festgenommen wurden zwei Diebe und ein Mann wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn und zwei Betrunkene. * *

‡ **Aus dem Landkreise Thorn,** 15. September. Durch Feuer, das aus unbekannter Ursache auskam, wurden bei Bolesław Gretkowski in Rentschkau (Rzęczkowo) der Pferde- und Viehstall, eine Remise mit landwirtschaftlichen Maschinen und Gerätschaften eingeäschert, wobei ein Schwein in den Flammen umkam. Der Schaden beträgt etwa 6000 Złoty und ist bis auf 500 Złoty durch Versicherung gedeckt.

Eifersucht ...

* **Schwetz** (Swiecie), 15. September. Ein blutiges Eifersuchtsdrama spielte sich Sonntag abend gegen 8 Uhr auf der Chaussee bei Komórsk hiesigen Kreises ab. Dort wurde der 18jährige Alex Junk durch den in Osiek wohnhaften, 21 Jahre alten Arbeiter Josef Stasiewski angeschossen und an Kinn und Hals verletzt. Die Tat geschah, als die beiden sich auf dem Wege zur gemeinsamen „Flamme" trafen und dabei in einen Wortwechsel gerieten. Während der Verletzte hierher ins Krankenhaus gebracht wurde, wurde der Revolverschütze verhaftet und der Gerichtsbehörde zur Disposition gestellt.

---

* **Culm** (Chełmno), 15. September. Verhaftet wurde der Arbeiter Jan Romanowski aus der ulica Rybaki 43, dem ein am Trinkeufer befestigter Kahn abgebrannt ist, der einen Wert von 200 Złoty hatte, aber mit 500 Złoty versichert war. Die Untersuchung hat den Verdacht vorsätzlicher Brandstiftung zwecks Erlangung der Versicherungssumme ergeben.

* **Czersk,** 15. September. Ein Überfall wurde Dienstag gegen 19 Uhr auf der Chaussee nach Gutowiec in der Nähe der Försterei auf die in Stodolki, Kreis Konitz, wohnhafte Aniela Blumowska verübt. Aus dem Walde sprang plötzlich ein Mann auf sie zu, entriß ihr die Handtasche und entfloh damit. In der Tasche befanden sich etwa 15 Złoty Bargeld, zwei Paar gebrauchte Damenschuhe, zwei Meter blauer Popelinestoff zu einem Kleide, ein Personalausweis, Briefe und ein Kamm.

m **Dirschau** (Tczew), 15. September. Dem Eisenbahnassistenten Wladislaus Śruba aus Gdingen wurde auf dem hiesigen Bahnhofe ein wertvolles Zigarettenetui gestohlen. — Die Werft zur Reparatur für Weichselfahrzeuge ist jetzt endlich fertiggestellt worden. Zweimal wurde dieselbe halbfertig vom Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen, so daß die Arbeiten fast zwei Jahre lang gedauert haben. In dieser Zeit sind hierbei über 100 Arbeiter beschäftigt gewesen. — In Subkau (Subkowy) brach ein Feuer auf der Besitzung des Herrn Paul Kickbusch aus, das den Speicher, einen Schweinestall und die Wagenremise vollständig vernichtete. Mitverbrannt sind sämtliche landwirtschaftliche Maschinen, zwei Schlitten, zwei Landauer, ein gedeckter Wagen sowie 60 Hühner und 12 Schweine. Der sofort erschienenen Feuerwehr gelang es, die benachbarten Gebäude zu retten. Der Schaden ist sehr groß. Die Ursache konnte leider noch nicht festgestellt werden. — Im Teiche ertrunken ist im benachbarten Brust der 1½jährige Sohn des Besitzers Sadey.

tz **Konitz** (Chojnice), 16. September. Der katholische Gesellenverein hielt im Vereinslokal Engel eine gutbesuchte Versammlung ab. Herr A. Thiede erstattete einen Bericht über den ersten Katholikentag des Dekanats Kamin in Vandsburg, zu dem einige Gesellen per Rad hingefahren waren. Lehrer Brauer hielt einen interessanten Vortrag über das Leben des Hirsches, der großen Beifall fand.

y **Strasburg** (Brodnica), 14. September. Der Kreiswirtschaftsverband Strasburg feierte am vergangenen Sonntag sein diesjähriges Erntefest. Trotz des nicht sehr schönen Wetters waren Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Verbandes sehr zahlreich erschienen. Kaum vermochten die weiten Räume des Tivoli alle Erschienenen aufzunehmen. Die Kirchenchöre Strasburg und Griewenhof verschönten das Fest mit Gesangsdarbietungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Auch die Schnittertänze und andere Darbietungen ernteten reichen Beifall. Der nachfolgende Tanz hielt die Teilnehmer bis in die frühen Morgenstunden zusammen.

✗ **Zempelburg** (Sępólno), 15. September. Vor einigen Tagen drangen am Vormittage zwei unbekannte Banditen in die Wohnung der Witwe Götz im benachbarten Dorfe Radonsk und entwendeten mehrere Kleidungsstücke sowie eine Herrenuhr und eine Aktentasche mit 6 Złoty Bargeld. — Zu dem am vergangenen Sonntage in Sitno, hiesigen Kreises, von der evangelischen Gemeinschaft begangenen Posaunenfest hatten sich aus der Umgegend zahlreiche Gäste in der festlich geschmückten Kirche eingefunden. Die Festpredigt hielt Pfarrer Hankwitz aus Vandsburg und die Schlußansprache Pfarrer Laffahn-Vandsburg. — Bei dem letzten schweren Gewitter, das nachts über unsere Stadt und den Nachbarort Kamin zog, schlug der Blitz in den Giebel des Wohnhauses des Gutsbesitzers Bünger in Döringsdorf, in dem die Bewohner schliefen. Da außer dem beschädigten Teil des Wohnhauses kein größerer Schaden entstanden war, kamen die Schlafenden mit dem bloßen Schrecken davon.

Kleine Rundschau.

Noch immer 4—6 Millionen Sklaven.

Im nächsten Jahre jährt sich zum hundertsten Male der Tag, an dem in Großbritannien ein wichtiger Schritt zur Abschaffung der Sklaverei in allen ihren Formen innerhalb der britischen Besitzungen unternommen wurde. Die Hundertjahrfeier soll in würdiger Weise begangen werden, indem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Frage der Sklaverei gelenkt wird. Als Auftakt zu dieser Feier haben die beiden anglikanischen Erzbischöfe von Canterbury und York, das Oberhaupt der Episkopalkirche in Schottland und die Führer der Freikirchen eine Kundgebung veröffentlicht, in der sie die Bedeutung jenes Schrittes würdigen. Nahezu 700 000 Personen seien von jener Befreiungstat betroffen worden. Kreise aus allen Kirchengruppen Großbritanniens hätten daran mitgewirkt. Die Zahl der Sklaven in der Welt werde heute noch auf vier bis sechs Millionen beziffert.

Regierung und Volkstag in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 15. September 1932.

Der heutigen Sitzung des Volkstages wurde im Publikum mit großer Spannung entgegengesehen. Sie hat aber noch keinerlei Entscheidungen gebracht.

Auf der Tagesordnung standen vier sozialdemokratische Anträge zur Aufhebung der Rechtsverordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zur Abänderung 1. des Versorgungsgesetzes, 2. über Änderungen in der Sozialversicherung, 3. betr. Änderung der Erwerbslosen-Unterstützungssätze. Die Anträge wurden vom Abg. Moritz begründet.

Darauf ergriff der

Präsident des Senats Dr. Ziehm

das Wort zu einer längeren Erklärung im Auftrage der Regierung, in der er ausführte:

„Der Volkstag steht vor der Entscheidung über Anträge, welche aus finanziellen und politischen Gründen für die Existenz des Staates von außerordentlicher Bedeutung sind. Der Senat hält es daher für erforderlich, die Gründe darzulegen, die zum Erlaß der Verordnungen geführt haben, deren Aufhebung hier beantragt wird und auf die schweren Folgen einer etwa von dem Volkstage beschlossenen Aufhebung mit Nachdruck hinzuweisen und mit allem Ernst davor zu warnen.

Die Verordnungen sind erlassen worden, weil ohne sie die Ordnung der Finanzen in Staat und Gemeinden nicht aufrechterhalten werden konnte.

Der Präsident legte das an einigen Beispielen dar (Mindereingang an Zolleinnahmen um 2 Millionen und Übersteigung des Anschlags bei der Erwerbslosenfürsorge um ebenfalls 2 Millionen). Die Danziger Finanzkrise werde verschärft durch die polnischen Maßnahmen gegenüber Danzig auf zoll- und wirtschaftspolitischem Gebiet, um deren Beseitigung und Milderung der Streit vor den Organen des Völkerbundes geführt und von der Danziger Regierung zwecks Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Polen mit Nachdruck betrieben werde.

Die Regierung konnte nicht anders handeln, als die Ausgaben des Staates der veränderten Finanz- und Wirtschaftslage anzupassen, wenn anders sie nicht vor dem drohenden finanziellen Zusammenbruch des Staates die Augen verschließen wollte.

Der Präsident legte weiter dar, daß die Kürzungen der sozialen Bezüge im übrigen in keinem Falle weiter gegangen seien als im Reiche. Die Regierungsparteien einschließlich der Nationalsozialisten seien vor Erlaß der Verordnungen unterrichtet worden, hätten sich von der Notwendigkeit zum Erlaß der Verordnungen überzeugt und auch kein anderes Mittel zur Erhaltung der Ordnungen der staatlichen und Gemeindefinanzen angeben können und darum den Verordnungen zugestimmt. Eine Aufhebung der Verordnungen würde für den Staat katastrophale Folgen haben. Sie würde eine Mehrbelastung von 3,6 Millionen bedeuten, für welche eine Deckung nachzuweisen auch die Antragsteller nicht in der Lage seien. Der Staat würde durch die Aufhebung in die Lage versetzt werden, daß er seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen könnte. Die Aufhebung der Verordnungen würde auch eine Erschütterung des Kredits des Staates herbeiführen, so daß auch für die Wirtschaft ernste Folgen entstehen würden. Die Anträge seien verfassungswidrig, da sie keine Bestimmungen über die Deckung der entstehenden Fehlbeträge enthielten.

Persönlich fügte der Präsident seinen Ausführungen noch hinzu: Nehmen Sie Rücksicht auf die besondere Lage unseres Staates. Innenpolitische Erschütterungen haben auch stets außenpolitische Rückwirkungen. Verlieren wir alle niemals die Ruhe und Besonnenheit. Das Wohl des Staates und des Volkes sei uns für alle Entschließungen die Richtschnur.

Nach dieser Erklärung wurde die Sitzung geschlossen und nach einer halben Stunde

eine neue Sitzung

einberufen, die mit einer großen Geschäftsordnungsdebatte begann, weil der Präsident von Wnuk gegen den Widerspruch der Deutschnationalen nationalsozialistische und kommunistische Anträge, welche die Entziehung der Ermächtigung der Regierung mit sofortiger Wirkung zum Ziel haben, auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Die Deutschnationalen protestierten dagegen. Der Präsident von Wnuk blieb aber auf dem Standpunkt, daß er geschäftsordnungsmäßig handele. Dieser Meinung scheinen aber seine beiden Vizepräsidenten nicht gewesen zu sein; denn sie lösten den Präsidenten von Wnuk als Zeichen ihres Protestes nicht ab.

Die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen wurden nach langer, zum Teil sehr unerfreulicher Debatte, um 8.30 Uhr abends dem Hauptausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Die Debatte, die Erklärungen der Regierungsparteien gegen eine Auflösung des Volkstages und gegen die Nationalsozialisten brachte, enthüllte auch das Rätsel über den

nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Volkstages.

Abg. Greiser, der mit einer roten Mappe auf dem Rednerpult erschien, erklärte, daß der Antrag mit 20 Unterschriften versehen heute dem Volkstagspräsidenten übergeben sei, und der Abg. Plenikowski verriet höhnisch, daß die Kommunisten ihre sieben Stimmen dazu geliehen hätten und rief aus: „Wenn die Nationalsozialisten eine Dummheit machen, warum sollen wir sie dann nicht mitmachen?"

Sachverständigen-Gutachten

über Streitfragen zwischen Polen und Danzig.

In drei Danzig-polnischen Streitverfahren vor den Völkerbundinstanzen haben die vom Rat bestellten drei Sachverständigen Ministerialrat Fattinger-Ungarn, Professor Calmes-Luxemburg und Ministerialdirektor Nederbragt-Niederlande ihre Gutachten abgegeben.

Der erste Fall betrifft den polnischen Antrag vom 15. September 1931, in dem Polen gegen Danzig einen Schadensersatzanspruch in Höhe von 54 Millionen Złoty erhob und diesen Anspruch mit angeblichen Verfehlungen der Danziger Zollverwaltung auf dem Gebiete des Veredelungsverkehrs und des kleinen Grenzverkehrs begründete. Der Sachverständigenausschuß weist eine Reihe der von Polen gemachten Beanstandungen hinsichtlich des Verhaltens der Danziger Zollverwaltung gegenüber den Zollinspektoren als unbegründet zurück, unbeschadet der Verpflichtung der Danziger Zollverwaltung, den Zollinspektoren alle Erleichterungen bei der Ausführung ihrer Kontrollen zu gewähren. Die polnische Beschwerde, daß in der Danziger Zollverwaltung nicht genügend Beamte der polnischen Sprache mächtig seien, sieht der Ausschuß als nicht bewiesen an. Einfuhrgenehmigungen, die von polnischen Behörden ausgestellt sind, sollen nach Ansicht des Ausschusses einer Bestätigung durch Danziger Stellen bedürfen. Der Ausschuß verwirft ferner den polnischen Anspruch, daß Danzig auch den polnischen Einfuhrverboten unterworfen sei, die auf sanitären, veterinären und sicherheitspolizeilichen Gründen beruhen. Insbesondere hat er das von Polen bestrittene Recht Danzigs anerkannt, selbst über die Einfuhr von Explosivstoffen zu befinden.

Er verwirft sodann die polnische These, nach welcher die Nichtausführung allgemeiner Verordnungen Polens durch die Danziger Zollverwaltung eine action directe darstellt. In den Fragen der Zollkredite, der Niederlagen und der Abfertigung der seewärts eingehenden Waren hat der Ausschuß sich teils dem Danziger, teils dem polnischen Standpunkt angeschlossen. Der Ausschuß glaubt, daß die teilweise Übernahme günstigerer polnischer Bedingungen auf dem Gebiet des Lagerverkehrs, auf dem im übrigen noch die vormaligen reichsdeutschen Bestimmungen gelten, unzulässig sei. Er hat andererseits die Danziger Maßnahmen zur geordneten Abfertigung der seewärts eintreffenden Waren gutgeheißen. In den Fragen des Veredelungsverkehrs haben die Sachverständigen keine vollständige Entscheidung getroffen. Die Rechtmäßigkeit der Veredelungsverkehre, die Danziger Unternehmungen bis zum 14. Februar 1922 besaßen, ist anerkannt. Im übrigen soll sich der im Warschauer Abkommen vorgesehene Ausschuß noch mit der Prüfung der Rechtmäßigkeit der sonst bewilligten Verkehre befassen. Die Sachverständigen halten ferner Danzig für berechtigt, im kleinen Grenzverkehr für gewisse Waren Zollfreiheit zu gewähren. Dagegen haben sie es für nicht vereinbar mit dem polnischen Zollrecht gehalten, daß Danzig entsprechend dem Internationalen Genfer Abkommen zur Erleichterung der Zollformalitäten den Zollschuldnern ihre Waren unter bestimmten Bedingungen schon vor Abschluß des Abfertigungsverfahrens aushändigt. Dem polnischen Schadensersatzanspruch auf Herauszahlung von 54 Millionen Złoty, der auf den angeblichen Verfehlungen Danzigs basiert ist, haben die Sachverständigen keine Folge gegeben, da sie sich nicht für rechtlich befugt erachteten, hierüber zu urteilen.

Das zweite Verfahren betrifft den polnischen Antrag vom 29. Februar 1932, die Danziger Reservatrechte aus dem Warschauer Abkommen vom Jahre 1921 aufzuheben, nach denen Danzig das Recht hat, unabhängig von etwaigen polnischen Einfuhrverboten Waren aus dem Ausland für den Eigenverbrauch der Danziger Bevölkerung sowie für Deckung des Bedarfs von Danzigs Industrie, Landwirtschaft und Handwerk einzuführen. In Verbindung damit steht der Danziger Antrag vom 13. und 18. April 1932, die Freizügigkeit der in Danzig durch Verarbeitung nationalisierten Waren anzuerkennen und die in Polen vollzogenen Konfiskationen und Beschlagnahmen von Danziger Waren aufzuheben.

Nach längeren Verhandlungen mit den Vertretern beider Regierungen in Danzig und in der Schweiz hat der Ausschuß am Sonnabend abend in einem 50 Seiten langen Gutachten seine Ansicht wie folgt zusammengefaßt: Hinsichtlich des polnischen Antrages erscheint dem Ausschuß die polnische Forderung nach Aufhebung der bisher geltenden Regelung der wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhr nicht begründet, da ein Ersatz dieser Bestimmungen durch solche der polnischen Gesetzgebung, wie Polen dies vorgeschlagen hat, für die Sicherung der berechtigten polnischen Interessen nicht notwendig ist, wohl aber die Beseitigung eines für Danzig notwendigen Sicherheitsventils bedeuten würde.

Neuer Konflikt zwischen Polen und Danzig.

Die amtliche **Polnische Telegraphen-Agentur** verbreitet folgende Meldung:

Am 28. Juni d. J. hat der Senat der Freien Stadt Danzig dem Hohen Völkerbundkommissar Grafen Gravina in zwei Anträgen die **Änderung der Teile VI und VII des Warschauer Polnisch-Danziger Abkommens** vorgeschlagen. Bekanntlich umfassen diese Teile grundsätzliche Zoll- und Finanzfragen, sowie Fragen, welche die polnisch-Danziger Wirtschaftsbeziehungen betreffen. Die Danziger Anträge enthalten rechtlich durchaus unbegründete Forderungen, welche auf die Lockerung der Beziehungen zwischen Danzig und Polen abzielen, die sich auf die Unantastbarkeit des Versailler Traktats und der Pariser Konvention beziehen.

Die Polnische Regierung hat sich in einer umfangreichen Denkschrift den Danziger Anträgen entgegengestellt und stützt sich dabei rechtlich auf die oben erwähnten Traktate, die meritorisch eine Festigung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Freien Stadt Danzig zum Ziele haben, die mit Polen ein Zollgebiet bildet.

Gleichzeitig mit dem Antrage des Senats vom 28. Juni wurde ein besonderer Antrag in der Frage der Berechtigung Polens auf dem Gebiet des Postwesens in der Freien Stadt eingereicht, das den Gegenstand der Bestimmungen des Teiles III des Warschauer Abkommens bildet. Auf diesen Antrag des Danziger Senats, der in demselben Geiste wie die zwei vorhergehenden formuliert wurde, hat die Polnische Regierung ebenfalls am 17. d. M. dem Hohen Völkerbundkommissar eine umfangreiche Antwort zugehen lassen, in der sie ihrerseits die volle Anwendung der Bestimmungen des Versailler Traktats und der Pariser Konvention fordert.

*

Von Danziger Seite wird zu dem gleichen Thema folgendes bemerkt:

Bekanntlich hat die Regierung der Freien Stadt Danzig vor zwei Monaten den Schutz des Hohen Kommissars des Völkerbundes mit einem Antrag angerufen, der künftigen Übergriffen der polnischen Zoll- und Wirtschaftsgesetzgebung und Mißbräuchen der polnischen Befugnisse zur Benachteiligung Danzigs auf dem Gebiete des Zollrechts vorbeugen soll.

Die Polnische Regierung hat nunmehr auf diesen Antrag Danzigs geantwortet, und zwar nicht nur mit der Ablehnung der auf den Verträgen beruhenden Danziger Wünsche, sondern mit eigenen Gegenforderungen. Dieser polnische Vertragsentwurf hat nur noch äußerlich die Gestalt eines Vertrages zwischen zwei Partnern. Sein Inhalt ist die **vollkommene Zuteilung aller Hoheitsrechte auf dem Gebiete nicht nur des Zollwesens, sondern auch der Wirtschaftsgesetzgebung (Ein- und Ausfuhr) an Polen.** Polen will insbesondere den Umfang seiner Kompetenzen künftig selbst und ausschließlich bestimmen.

Polen verlangt **bedingungslose Anpassung der indirekten Steuern und Monopole an die polnische Gesetzgebung.** Daß eine solche scheinbare Rechtseinheit zur politischen Waffe gegen Danzig mißbraucht werden kann, hat Danzig auf dem Gebiete der Zollrechts-„Einheit" zu seinem Unglück erfahren.

Mit voller Offenheit bekennt sich die Polnische Regierung von neuem auch zu dem Verlangen, **an den Danziger Staatsgrenzen die völlige Herrschaft über Danzig auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei, der Veterinärpolizei und auf allen anderen Gebieten der inneren und der kulturellen Verwaltung, also auch durch Handhabung der Zensur auszuüben.** Dieser gleiche Anspruch ist soeben von den Genfer Sachverständigen als unbegründet bezeichnet worden.

Polen gesteht offen zu, daß es sich nach seinem Willen nicht mehr um einen Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern handle, sondern ist der Meinung, daß Danzig dem polnischen Zollgebiet „als untergeordneter Faktor" angehöre, und verlangt „Unterwerfung in kategorischer Form".

Kleine Rundschau.

Lindberghs Haus — eine Festung.

Die amerikanische Polizei hat umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um eine Wiederholung des Lindbergh-Baby-Raubes unmöglich zu machen. Wenn Mitte September das Ehepaar Lindbergh mit seinem neuen Söhnchen in sein Heim in Hopewell übersiedeln wird, wird sich ihnen das Haus als eine kleine Festung präsentieren. Rings um den riesigen Park ist eine gewaltige Mauer gezogen, die ein großes Gitterwerk trägt, das mit Starkstrom geladen werden kann. Ständig werden Polizeipatroillen um das Lindberghsche Anwesen patrouillieren. Das Haus selbst macht durch die teilweise vergitterten Fenster den Eindruck eines vornehmen Gefängnisses. Aber das Ehepaar Lindbergh hat seine Zustimmung erklärt, lieber große Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen, als in ständiger Angst leben zu müssen, daß auch das zweite Baby Raub und Ermordung ausgesetzt ist.

Von ihrem ursprünglichen Plan, das Kind im Auslande erziehen zu lassen, womöglich den Wohnsitz überhaupt nach Europa zu verlegen, ist das berühmteste Ehepaar der Vereinigten Staaten abgekommen. Einen solchen Entschluß hätte das amerikanische Volk seinem „Lindy" auch bestimmt entsetzlich übel genommen, und die allseitige Liebe hätte sich sehr schnell in das Gegenteil verwandelt. Lindbergh weiß das wohl auch sehr genau. Er erklärte in einem Interview, dieser Plan sei ihm nur kurz nach dem Raub seines ersten Kindchens in seiner Verzweiflung gekommen, er habe natürlich die feste Absicht, sein Kind in Amerika erziehen zu lassen, um es zu einem vollwertigen Yankee zu machen. Das sei er dem amerikanischen Volk, das ihn und das er so liebe, schuldig.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 18. September.

Königswusterhausen.

06.20: Konzert. 08.55: Morgenfeier. 11.30: **Bach-Kantate.** 12.10: Konzert. 14.00: Elternstunde. 14.30: Volkskunststunde. 16.00: Aus Leipzig: **Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal.** 16.45: Konzert. 18.30: Das Kammerduett des Barockzeitalters. 19.00: Plato. 19.25: Paul Fechter: Literatur der Gegenwart (II). 20.00: **Orchesterkonzert.** 22.00: Wetter, Nachrichten, bis 24.00: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Hamburg: Hafenkonzert. 08.15: Konzert (Schallpl.). 10.00: Evangelische Morgenfeier. 11.30: Von Leipzig: **Bach-Kantate.** 12.10: Konzert. 15.00: **Kinderfunk:** Kartoffelfeuer brennen. 15.35: Flötensonate. Hermann Zanke; Joseph Wagner, Klavier. 16.00: Von Leipzig? **Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal.** 16.45: Von Berlin: Konzert. 18.00: Stunde der Musik. 18.20: Chorkonzert. 18.50: Das Göttliche im Künstler. 19.15: Am Start! Ein kleines Kabarett von Fred Marck und Alfred Salzmann. 20.00: Wetter. 20.30: **Richard Wagner.** Konzert der Waldenburger Berg- und Bad Salzbrunner **Kurkapelle.** 22.40—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.15: **Konzert.** 08.00: Von Danzig: **Katholische** Morgenfeier. 09.00: Evangelische Morgenandacht. 11.30: Von Leipzig: **Bach-Kantate.** 12.05: Orchesterkonzert. 14.30: Jugendstunde. 15.00: Aus den Uranfängen des Films in Amerika. 15.30: Humor im Lautenspiel. Hans Elbe. 16.00: Von Leipzig: **Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal.** 16.45: Unterhaltungskonzert. 18.35: Erntebräuche in Westpreußen. 19.00: Volkstänze und Spielmannsweisen aus Dalarne (mit Original-Schallplatten). 19.35: Ortwin Stockmann: Plattdütsche Wöppkes. 20.10: **Leon Jessel dirigiert eigene Kompositionen.** Orchester des Opernhauses. Solisten: Irmgard Regeling, Bernhard Heyer.

Warschau.

12.15: Sinfoniekonzert der Warschauer Philharmonie. Kompositionen von Karlowicz. 13.10: Konzert-Fortsetzung. 14.15: Von Krakau: Musik. 14.55: Von Krakau: Musik. 15.25: Von Krakau: Musik. 16.05: Schallplatten. 17.00: Konzert des Funkorchesters. Solist: Znicz, Bariton. 18.20: Tanzmusik. 20.00: **Populäres Konzert.** Funkorchester. Dir.: Oziminski. Solistin: Zapolska, Sopran. 21.05: Konzert-Fortsetzung. 22.00: Tanzmusik. 22.50 bis 23.30: Tanzmusik.

Ost-Locarno?

Während die gesamte polnische Presse die deutsche Denkschrift über die Rüstungsgleichheit in Bausch und Bogen ablehnt, glaubt das Wilnaer „Slowo", ein dem Regierungsklub nahestehendes monarchistisches Organ, im Zusammenhange mit der bisherigen Stellung Englands zu dem deutschen Schritt eine generelle Lösung dieses Problems darin gefunden zu haben, daß das Blatt wieder die Frage eines Ost-Locarno aufwirft. In dem Aufsatz heißt es u. a.:

England macht seine Zustimmung zu den deutschen Rüstungsforderungen von verschiedenen Punkten abhängig, u. a. von der Bedingung, daß sich die ehemaligen Bundesgenossen und vor allem Frankreich verpflichten, gewisse Rüstungseinschränkungen durchzuführen. Diese englischen Vorschläge haben in der polnischen öffentlichen Meinung keine günstige Aufnahme gefunden. Einige Blätter sind sogar soweit gegangen, daß sie England aus diesem Anlaß angreifen. Freilich ist dies nicht eine ernste Politik. Im gegenwärtigen Augenblick ist in Frankreich niemand darauf vorbereitet, zu der Politik des Herrn Poincaré vom Jahre 1923 zurückzukehren, die darauf abzielte, von Deutschland gewisse Dinge ohne eine Verständigung mit England zu erzwingen. Eine solche Politik würde in Frankreich von allen und zweifellos von dem Dekan der Pariser Anwaltskammer, Herrn Raymund Poincaré in erster Linie verurteilt werden. Für die französische Politik bedeutet es eine Richtschnur, den Kontakt mit England nicht zu verlieren. Für die polnische Politik sollte das oberste Gebot in dem Grundsatz bestehen:

der Mangel einer englisch-französischen Verständigung bedroht den Frieden in Europa, somit in erster Linie Polens,

das so verschiedenen Gefahren ausgesetzt ist. Polen sollte im eigenen Interesse der Organisator des europäischen Friedens sein. Sich über die Engländer aufzuregen, daß sie in den Deutschland zu machenden Zugeständnissen zu weit gehen, ist im gegenwärtigen Augenblick ein unfruchtbares Vergnügen. Diese rein moralische Rüge, die England aus dieser Richtung erhält, ändert nichts an der faktischen Form der Sache, d. h. **daß entgegen der so aufrichtig von der polnischen Presse seit der Bekanntgabe der deutschen Note geübten Selbstbelügung der englische Vorschlag oder, wie man es in Genf gesagt hätte, die Suggestion die Waagschale auf die Seite der deutschen Forderungen geneigt werden wird.**

Der englische Vorschlag ist für uns mit Ausnahme des Punktes 4 über die Rüstungseinschränkung nicht so gefährlich.

Er erinnert an den generellen Sicherheitspakt. Die polnische Diplomatie sollte sich bemühen, daß diese Bezeichnung eine andere Form bekäme, daß nämlich dieser Vorschlag das Zustandekommen eines Ost-Locarno zur Folge hätte. Je eher die polnische Diplomatie ihr unglückseliges „Nein" zurückzieht und es erreicht, daß bei der Aufrüstung Deutschlands ein Ost-Locarno abgeschlossen wird, um so besser. Man muß sich darüber Rechenschaft ablegen, wie groß die Gefahr für Polen und dem Frieden die deutsche Aufrüstung gerade im Augenblick einer derartigen Gemütsverfassung wäre, wie sie gegenwärtig in Deutschland und in Polen herrscht. Doch der Weg zur Abwendung dieser Gefahr durch jenes kategorische „Nein" ist entschieden fatal gewesen.

Mit dem Augenblick, als die deutsche Rüstungsdenkschrift erschien, war es durchaus nicht die Aufgabe der polnischen Diplomatie, sich die Methode zu eigen zu machen, daß jeder der interessierten Staaten dazu Stellung nehmen soll. Man hätte eine Erklärung veröffentlichen sollen, daß Polen nach der Verständigung mit den anderen Signataren des Versailler Traktats seine Ansicht kundtun wird und **man hätte sämtliche Kräfte unserer Diplomatie mobilisieren sollen, daß die Antwort der früheren Alliierten gleichmäßig ausfiele.** Diese Solidarität, diese Gleichheit der Antworten wäre für uns eine viel wichtigere Sache als der Umfang der Zugeständnisse, die diese Antwort enthalten mußten. Die Bedeutung, die unser unkluges kategorisches „Nein" haben konnte, wäre mit der Aktion einer demonstrativen Abteilung zu vergleichen, deren Aufgabe es ist, alle feindlichen Kräfte auf sich zu lenken, um es den Hauptkräften, im gegebenen Falle Frankreich, zu erleichtern, einen Fluß zu überschreiten. Gerade darum handelt es sich, Polen und Frankreich nicht als zwei Abteilungen derselben Armee zu behandln und deswegen

darf man Polen nicht mit Geschossen überschütten, um die taktischen Züge der französischen Diplomatie zu erleichtern.

Wäre Polen ein Teil Frankreichs oder irgend eine französische Partei, so wäre es etwas anderes. Herr Stresemann gewann gerade dadurch, daß er Parteien hinter sich hatte, die ähnlich wie wir jetzt unser kategorisches „Nein" vor jedem Zugeständnis Stresemanns rufen, was diesem Zugeständnis einen bedeutend größeren Wert verlieh. Ebenso dient auch unser kategorisches „Nein" jetzt nur dem Zweck, dem französischen Zugeständnis einen größeren Wert zu geben. **Polen ist aber nicht eine französische Kavallerie, auch nicht eine Partei Frankreichs, sondern ein besonderer Staat und ein besonderes Volk und muß eine Politik ernst treiben, eine Politik, die mit der Wirklichkeit rechnet, mit dem politischen Realismus, mit der Richtung des Stromes der historischen Ereignisse, eine Politik erwachsener Menschen.**

Das Ost-Locarno sollte nicht allein unser Ziel, sondern das Ziel aller derer sein, die Europa lieben, somit seinen Frieden und nicht einen Krieg herbeiwünschen, der, wenn er möglich wäre, den politischen Selbstmord unseres Kontinents bedeuten würde. Der verstorbene Außenminister Skrzyński hat zwar vorgegeben, daß schon das West-Locarno uns vollkommen sicherstelle, doch schon aus den Erinnerungen Stresemanns wissen wir, daß er darin nicht allzu aufrichtig war. Man darf ihm diese Unaufrichtigkeit nicht verübeln, denn als die schlimmsten Politiker gelten immer diejenigen, die den Ausländern erzählen, in welcher verzweifelten Lage sich ihr eigener Staat befinde. Das Ost-Locarno könnte sich aus dem Abschnitt des englischen Vorschlages ergeben, der von dem generellen Sicherheitspakt handelt. Besser wäre es aber noch, wenn dieses Ost-Locarno nicht eine Folge des englischen Vorschlages, sondern

eine Folge der direkten deutsch-polnischen Verhandlungen

wäre. Es war die Zeit, als dies gelingen konnte: der Anfang der Abrüstungskonferenz in Genf in diesem Jahre. Damals schon war es offenbar, daß Deutschland bald den Weg der Rüstungsforderungen beschreiten werde, und die polnische Diplomatie hätte sich schon damals nicht allein darüber klar werden müssen, daß Deutschland Rüstungen fordern werde, sondern auch darüber, daß die Westmächte wieder Zugeständnisse machen werden. Man hätte den Ereignissen zuvorkommen, selbst mit der Rüstungsfrage Deutschlands hervortreten und als Äquivalent das Ost-Locarno fordern müssen. Doch seit 1923 verlieren wir alle Gelegenheiten, die wir hatten, um uns vor einem Angriff auf unser Gebiet durch den westlichen Nachbarn zu schützen und verlieren sie unter dem Einfluß der nationaldemokratischen Theorie, daß den deutschen Forderungen jeden Augenblick ein neuer europäischer Krieg folgen müsse.

Einen neuen europäischen Krieg wird es aber nicht geben!

Rund um die Guillotine.

Zur Hinrichtung des Präsidentenmörders Gorguloff.

Aus Paris wird uns geschrieben:

24 Stunden vor der Hinrichtung Gorguloffs hat sich der Monsieur de Paris, wie man in Frankreich den Henker nennt, in Begleitung eines Justizbeamten und eines Justizwachtmeisters in den Depotraum des Justizpalastes begeben, allwo in einem besonderen Raum die Guillotine aufbewahrt wird. Die einzelnen Teile des Instrumentes wurden einer genauen Prüfung unterzogen, das große Fallmesser wurde sogar — das verlangt eine jahrhundertealte Vorschrift — gewogen, ob es durch das fortwährende Schleifen Gewichtsverluste erlitten hat, die der Wucht seines Falles Einbuße tun könnten. Der Monsieur de Paris, der mit seinen beiden Gehilfen erschienen war, stellte nun über den Empfang des Instrumentes eine regelrechte Quittung aus und lud es dann auf einen verschließbaren kleinen Kastenwagen. Die Guillotine befand sich dabei natürlich in zerlegtem Zustande.

Diese Aushändigungszeremonie geht auf ein unangenehmes Erlebnis zurück, das sich im Jahre 1831 in Paris abspielte. Damals sollte ein Raubmörder hingerichtet werden, alles war zur Stelle, nur der Henker und die Guillotine nicht. Es ergab sich, daß „Monsieur de Paris" die Erfindung des unglückseligen Dr. Guillotin ins Pfandhaus, in den „Mont de Pitié" gebracht und sich darauf Geld gepumpt hatte. Der Staat mußte erst die kostbare Guillotine auslösen. Der Raubmörder kam natürlich mit dem Leben davon, denn niemand kann in Frankreich zweimal zur Hinrichtung geführt werden. Aber seitdem ist man vorsichtig und hält das tödliche Instrument unter eigenem Verschluß.

Der Henker hat das Recht, jederzeit Zutritt zu der Guillotine zu verlangen, er ist auch weiterhin für ihren Zustand verantwortlich, er muß sie, unter Assistenz von seinen beiden ständigen Gehilfen, putzen und ölen. Es darf nicht vorkommen, wie vor zwei Jahren bei einer Hinrichtung in Avignon, daß das Fallbeil durch einen etwas hervorstehenden Nagel in seinem Fall aufgehalten und so an seiner eigentlichen Aufgabe verhindert wurde. Wobei wieder einmal ein armer Delinquent mit dem Leben davonkam. Solche Ereignisse nagen empfindlich an dem Nimbus des Scharfrichters.

Frankreich hat stets nur einen einzigen Scharfrichter, der vom Justizministerium ernannt wird. Einen zweiten Henker gibt es dann wieder für die Provinz Tunis. Der „Monsieur de Paris" ist ein pensionsberechtigter Staatsbeamter, der neben einem regelmäßigen Einkommen für jede Hinrichtung einen gewissen Spesensatz ausbezahlt bekommt. Bis vor wenigen Monaten war der Inhaber dieses Amtes Mr. André Deibler, ein würdiger Pariser Kleinbürger, der in seiner freien Zeit ein begeisterter Vogelzüchter ist. Im März ist er wegen Erreichung der Altersgrenze auf seinen eigenen Antrag pensioniert worden. Sein Nachfolger wurde ein Verwandter von ihm, der ebenfalls den Namen Deibler führt, womit also der Tradition insofern Genüge getan, als das Amt des Henkers in der Familie geblieben ist.

Die Vorschrift besagt, daß eine Hinrichtung in Frankreich nicht weiter als hundert Schritt vor dem Gefängnis stattfinden darf, in dem sich der Gefangene befand, als er zum Tode verurteilt wurde. Alle Hinrichtungen sind öffentlich. Eine einzige Ausnahme wurde vor einigen Jahren gemacht, als zwei Frauen, Giftmörderinnen, hingerichtet wurden. Eine weitere Vorschrift, die aber auch nicht mehr rigoros eingehalten wird, verlangt, daß der Platz der Hinrichtung vier Zugänge hat.

Am Morgen der Hinrichtung begibt sich der Monsieur de Paris zusammen mit dem Geistlichen und den anderen Personen in die Armesünderzelle und läßt sich dem Delinquenten förmlich vorstellen. Er richtet dann an ihn die Bitte, ihm sein schweres Amt durch Fügsamkeit zu erleichtern. Der Monsieur trägt dabei einen schwarzen Gehrock, Zylinder und weiße Handschuhe. Während dann der Priester mit dem Todeskandidaten allein gelassen wird, begibt sich Deibler wieder in den Hof und stellt sich links von der Guillotine auf. Die beiden Gehilfen nehmen den Delinquenten gleich am Hofeingang in Empfang. (Die nochmalige Verlesung des Todesurteils erfolgt im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, darunter auch Deutschland, schon in der Zelle.)

Bis zur erfolgten Hinrichtung behält Deibler den Zylinder auf dem Kopf. Wenn dann das Beil seine Funktion erfüllt hat und der Kopf in den mit Sand gefüllten Korb gefallen ist, zieht er den Hut und teilt den anwesenden Justizbeamten mit, daß er seines Amtes gewaltet habe. Er leistet dann zusammen mit seinen Gehilfen die vorgeschriebene Unterschrift unter das Hinrichtungsprotokoll und geht dann, nachdem der Leichnam fortgeschafft worden ist, sofort an den Abbruch der Guillotine.

Bei der Hinrichtung Gorgukoffs hatte zum ersten Male der neue Henker, der Nachfolger des berühmten Deibler, Beweise seiner „Kunst" zu liefern gehabt. Er mußte dabei achtgeben, daß er seine Pflicht exakt vollzog, denn die ersten drei Hinrichtungen gehen sozusagen als „Probearbeit" vor sich. Erst wenn sie zufriedenstellend verlaufen sind, erfolgt das definitive Anstellungsdekret.

W. F. E.

Der Maler Paesler-Luschkowko.

Ein Künstler unserer Heimat.

Im Herbst 1930 veröffentlichten wir eine ausführliche Würdigung über den Weg des aus Pommerellen gebürtigen Malers Paesler-Luschkowko. Paesler ist inzwischen nach seinen glanzvollen Marseiller Ausstellungen Mitglied der Galerie de France geworden und ist augenblicklich auf ein Stipendium des Bayerischen Staats in Rom. Die Albertina in Wien und Münchener Museen haben letzthin weitere Werke von ihm über Marseille angekauft. Der hier folgende Aufsatz des bekannten Schriftstellers Georg Hirschfeld weißt auf die Wiener Ehrung hin.

Die Schriftleitung.

Wiens Albertina ist ein Gotteshaus der Kunst, wo die verschiedensten Seelen sich in einem Bekenntnis zusammenfinden. Was sie über den Streit von Richtung und Geschmack hinaus zur Gemeinde macht, ist Meisterschaft. So konnte sich zu den ganz Alten und Jenseitigen auch noch ein wirklich Diesseitiger gesellen, in Albrecht Dürers Nähe ein Lebendiger unserer Tage. Die hohe Stille klassischen Bürgertums grüßt einen modernen Vaganten.

Alles ist am Maßstab des technischen Zeitalters „richtig", kalt und klar und doch bleibt uns die Sehnsucht nach der blauen Blume. Es ist der ewige Himmel, der träumende Wald, das Feld in den Jahreszeiten — all das gibt der romnatischen Empfindung Recht. Mag das Universum von Wellen und Strömen erfüllt sein — immer noch rasten wir unter den rauschenden Eichen oder im alten Dorfwirtshause, wie vor hundert Jahren.

Aber ein Idylliker ist der romantische Mensch von heute nicht mehr. Das zeigt der Kurt Hubertus Paesler-Luschkowko, den die Wiener Albertina durch die Aufnahme eines seiner merkwürdigen Blätter geehrt hat. Als Knabe sah er das Wunder fliegender Menschen, als Jüngling erwachte er im Chaos des Weltkrieges zur Kunst. Seine Entwicklung führte vom väterlichen Gut durch den polnischen Urwald zum Studium und ins Feld. Dem unbekannten „Feinde" gegenüber lag er im Schützengraben neben dem früh dahingerafften Genie Otto Braun. Der Junker und Leutnant wurde ein erschütterter Mensch mit dem Geheimnis, was möglich ist auf Erden. So ging er dann in das Wogen und Werden der Nachkriegszeit hinaus, mit einem stillen, grübelnden Erkenntnisdrang und unter den Menschen ein schillernder, fabulierender Schalk aus Till Eulenspiegels Sippe. Dieser Luschkowko ist ein deutscher Künstler und zugleich ein abenteuernder Gast überall. Er trägt in seinem Gemüt den alten romantischen Hang, aber er erscheint unter den Heutigen ganz als Heutiger, als Verwandlungskünstler modernen Daseins. Herr der Gesellschaft, Wanderer in Polen oder auf Korsika. Arbeiter in französischen Hafenstädten. Ihm blüht noch einmal das kindlich Schrankenlose, das die Menschen Eichendorffs hatten, aber er kennt die Kaschemmen der Weltstadt, die Gassen von Marseille. Der idyllische Friede Moritz von Schwinds ist nicht um ihn, sondern die Dissonanzen unserer Menschen, die im Schönen sündigen, in der Sünde schön bleiben.

Das Blatt der Albertina zeigt den Marseiller Hafen, schwankenden Mastenwald über dunklen Schiffsrümpfen, zerfallende, von Balken gestützte Häuser in schmutzigen Gassen, dräuende Forts farbiger Truppen, Grenze von Europa und Afrika — über allem eine schimmernde Madonna. Das ist nicht hart geformt, in naturdienstbarer Deutlichkeit, sondern mit dem nervösen Stift des Suchers scheinbar hingewischt, ein Gewimmel, das kein Motiv versäumen läßt. Scheinbar hingewischt — in Wahrheit durch und durch gearbeitet, mit zähem Gewissen des Auges, des Verstandes, der meisternden Hand.

Zart wirkt diese Zeichnung eines neuen Romantikers — vornehm in abseitiger Sonderheit — und doch ist die ganze Härte und Schärfe des Heutigen da, des unbeirrt Gegenwärtigen. Seltsame Bindung im Künstler, im Menschen.

Kleine Rundschau.

Rieseneinkünfte der Rekordflieger.

Ein Londoner Blatt bringt eine interessante Statistik über die Rieseneinkünfte der Ozeanrekordflieger. Nach dieser Berechnung kann ein Flieger von Weltruf heute mit einem Jahreseinkommen von 200 000 bis 500 000 Mark rechnen. Es ist in den angelsächsischen Ländern Sitte, daß während der großen sportlichen Veranstaltungen weltberühmte Flieger engagiert werden, um über dem Sportplatz zu kreisen. Sie werden von den Managern der Fußballwettkämpfe an dem Erlös mit 25 Prozent der Tageskasse beteiligt. Die Veranstalter glauben durch die Heranziehung der berühmten Flieger das sensationslüsterne Publikum zum Besuch der sportlichen Veranstaltungen heranzulocken. Abgesehen von dieser Einkunftsquelle, stehen den bekannten Fliegern noch viele andere Verdienstmöglichkeiten zur Verfügung. So zum Beispiel erhielt Amy Johnson 6000 Mark Prämie von einer Treibstoff-Firma, 4000 Mark von der Flugzeugfabrik und 8000 Mark von dem Motorhersteller. Ein anderer bekannter englischer Flieger verdiente im Laufe des letzten Jahres 60 000 Mark mit Zeitungsartikeln, in denen er seine Erlebnisse schilderte. Manche Flieger bereisen englische und amerikanische Provinzstädte und halten Vorträge, die sehr gut honoriert werden. In Amerika werden die berühmten Flieger von reklamesüchtigen Interessenten bestürmt. Wenn sie sich für eine bestimmte Marke von Kaugummi, Eau de Cologne und Bonbons entscheiden, oder in der Presse bekanntgeben lassen, daß sie Schuhe nur bei der Firma X. und Unterwäsche nur bei der Firma Y. kaufen, — so werden sie dafür mit Summen belohnt, die in die Tausende gehen. Natürlich hängt vieles von dem Geschäftsgeist jedes einzelnen Fliegers ab; während die einen auf diese und ähnliche Weise Hunderttausende von Mark verdienen, vermögen sich die anderen kaum über Wasser zu halten, da ihnen der Sinn für Reklametricks und geschäftliche Transaktionen fehlt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zucker-Kontingente für die Kampagne 1932/33.

Im „Monitor Polski" Nr. 211 vom 14. d. M. ist eine Verordnung des Finanzministers über die diesjährigen Zuckerkontingente für die Kampagne 1932/33 veröffentlicht. Für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 werden provisorisch festgesetzt: 1. das grundsätzliche Kontingent Weißzucker in einer Höhe von 3 076 927 Quintale, 2. das Vorratskontingent Weißzucker in einer Höhe von 153 846 Quintale, und 3. das Exportkontingent in einer Höhe von 2 779 308 Quintale.

Diese Kontingente werden unter die einzelnen Zuckerfabriken für die Kampagne 1932/33 verteilt. Die Verordnung besagt ferner, daß jeder Zuckervorrat, der am 30. September 1932 mehr als 100 Quintale betrug, den entsprechenden Finanz-Kontrollorganen bis zum 15. Oktober 1932 gemeldet werden muß. Wer nach dem 30. September 1932 einen Zuckertransport erhält, der vor dem 1. Oktober 1932 zum Versand gelangte, muß dies zur Anmeldung bringen, sofern die Sendung mehr als 100 Quintale beträgt. Die Verordnung tritt mit dem 30. September d. J. in Kraft.

Die den Zuckerfabriken Posens und Pommerellens zugestandenen Kontingente ergeben sich aus folgender Tabelle:

Zuckerfabrik	Voraussichtl. Produktion in der Kampagne 1932/33	Provisor. Hauptkontingent 77,7557 %	Provisor. Vorratskontingent 5 %	Provisor. Exportkontingent
	in Quintale			
Schwetz	43 808	34 063	1 703	30 768
Melno	48 050	37 263	1 868	33 748
Goslawice	49 500	38 489	1 924	34 766
Unislaw	60 632	47 145	2 357	42 585
Wierzchoslawice	68 294	53 103	2 655	47 966
Gnesen	70 500	54 818	2 741	49 515
Tuczno	79 762	62 020	3 101	56 021
Znin	82 344	64 027	3 201	57 834
Pelplin	83 178	64 676	3 234	58 420
Wreschen	93 750	72 896	3 646	65 845
Samter	94 618	73 571	3 679	66 455
Nakel	94 829	73 735	3 687	66 603
Schroda	102 338	79 574	3 979	71 877
Kosten	107 100	83 276	4 164	75 221
Kruschwitz	108 692	84 514	4 226	76 340
Görchen	111 300	86 542	4 327	78 171
Mątwy	114 375	88 933	4 447	80 331
Janikowo	128 887	100 217	5 011	90 523
Gostyn	121 280	94 302	4 715	85 181
Witaszyce	174 400	135 606	6 780	122 489
Opalenica	197 445	153 525	7 676	138 675
Culmsee	225 185	175 094	8 755	158 158

Die Höhe der den Zuckerfabriken für die kommende Kampagne zugestandenen Kontingente ist wesentlich kleiner als im Vorjahre. Der Produktionsrückgang beträgt 10 Prozent und darüber. Die internationalen Zuckervereinbarungen wirken sich zusammen mit der Krise am Inlandsmarkte jetzt auch an der Zuckerproduktion Polens aus.

Die Frage eines Moratoriums für polnische Auslandsschulden.

Schon mehrfach haben wir auf die in der regierungsfreundlichen polnischen Presse fortdauernde Diskussion über die Frage eines Moratoriums für die polnischen Auslandsschulden hingewiesen. Nachstehend geben wir eine weitere, sehr charakteristische Stimme des konservativen Krakauer „Czas" wieder:

„Seit längerer Zeit ist eine Diskussion über das Problem der Erhaltung der Goldvorräte im Gange, welche die Bank Polski besitzt. Fast jeder Dekadenausweis zeigt, daß die Gold- und Devisenbestände, letztere soweit sie zur Deckung des Notenumlaufs herangezogen werden, also in Gold umtauschbar sind, zusammenschrumpfen. Ein übermäßiger Goldabfluß muß vermieden werden, um die polnische Währung auf ihrer gegenwärtigen Parität zu erhalten, weil im anderen Falle die Rückkehr zu der jetzigen Parität sehr erschwert wäre. Auf diese Gefahren hat der bekannte Wirtschafts- und Finanzpolitiker Krzyzanowski hingewiesen.

Anschließend hat eine Reihe bedeutender Wirtschaftler ebenfalls das Wort zu diesem Thema ergriffen und als besten Ausweg eine Verständigung mit den ausländischen Gläubigern über ein Schuldenmoratorium vorgeschlagen.

Auf dieser Linie bewegte sich auch das auf der Lausanner Konferenz von Polen eingereichte Memorandum. Dieselben Ansichten vertrat in einem Leitartikel der offiziösen „Gazeta Polska" ihr wirtschaftlicher Chefredakteur, der ehemalige Finanzminister Matuszewski. Denselben Gedankengang entwickelte kürzlich auf der Tagung der Agrarstaaten in Warschau auch der Vertreter des polnischen Finanzministeriums, Nowak. Damals wurde eine Resolution gefaßt, daß die Agrarländer für Schuldenrückzahlungen nicht die nötigen Devisen aufbringen könnten. Da letztere in Ermangelung ausreichender Exportmöglichkeiten keine Devisen hereinbekommen, könnten sie nur durch neue Auslandsanleihen ihre Schulden decken. Wenn sie aber solche nicht erhalten, so werden sie keine Schulden abzahlen. So geht auf der ganzen Linie die Entwicklung auf ein Moratorium für ausländische Schulden zu.

Demgegenüber schreibt der Handelsschriftleiter des Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny", Ferdynand Zweig, in seinem letzten Leitartikel, daß „die Regierung an kein Moratorium für die polnischen Auslandsschulden denke". Gleichzeitig berechnet aber Zweig, daß das Defizit des polnischen Staatshaushalts bis zum Ende des Jahres 160 Millionen Złoty erreichen werde. Zwei Möglichkeiten der Defizitdeckung sind nur möglich, Herabsetzung der Beamtengehälter oder Reduzierung der Militärausgaben. Beides erscheint den maßgebenden Faktoren ausgeschlossen.

Bleibt noch übrig, auf eine Besserung der Konjunkturlage zu warten, d. h. — bei optimistischer Einstellung — bis Mai oder Juni nächsten Jahres. An eine Auslandsanleihe ist unter den gegenwärtigen Emissionsbedingungen und bei den jetzigen Kursen der Staatspapiere nicht zu denken. Ausgeschlossen ist auch eine weitere Drosselung des internationalen Handels zur Besserung der Zahlungsbilanz. Neue öffentliche Lasten würden zweifellos mit einem Fiasko enden. „Es erscheint also doch nicht so ausgeschlossen" — so schreibt der „Czas" — „daß wir zu einem Moratorium gelangen". DPW.

Aufhebung der Wucherverordnung?

Gegen die polnische Verordnung über den Geldwucher, wonach die für Kredite vereinnahmten Zinsen bei Strafandrohung nicht mehr als 15 Prozent per anno betragen dürfen, ist in polnischen Bank- und Finanzkreisen eine scharfe Kritik laut geworden.

Man vertritt die Ansicht, daß die Verordnung über den Zinswucher statt eine Geldverbilligung herbeizuführen, die gegenteilige Wirkung auslöse und die Durchführung von Kreditoperationen sehr erschwere.

Es wird ferner hervorgehoben, daß auch z. B. einige verzinsliche, gut gesicherte und auf Dollar lautende Terminpapiere eine jährliche Verzinsung von etwa 20 Prozent und mehr ergäben. Unter diesen Umständen habe der private Kapitalgeber keine Veranlassung, sein Geld zu 15 Prozent Zinsen abzugeben.

Aus diesen Gründen fordern die polnischen Bankkreise die Aufhebung der Wucherverordnung, um eine Belebung des privaten Geldmarkts herbeizuführen. Diese Auffassung teilt, wie der im allgemeinen gut informierte „Kurjer Gospodarczy" erfährt, auch der Verband der polnischen Banken, der sich seinerzeit bereits an die polnischen Regierungsstellen mit einer Denkschrift gewandt hat, in der auf die Schädlichkeit einer Reglementierung des Zinssatzes mit allem Nachdruck hingewiesen wird.

Das Schweizer Holzeinfuhrkontingent für Polen. Die Bekanntgabe der Schweizer Holzeinfuhrkontingente hat in Verbindung mit der kürzlich erschienenen Verordnung über die Aufhebung der polnischen Ausfuhrzölle für Rundholz in den Kreisen der polnischen Holzexporteure neue Hoffnungen auf eine Wiederbelebung der polnischen Holzausfuhr erweckt. Nachdem während mehrerer Wochen die Schweizer Grenze für alle Holzlieferungen aus dem Auslande geschlossen war, ist Polen ein Holzeinfuhrkontingent in Höhe von 7500 Tonnen für Laubhölzer in unbearbeitetem Zustande (außer Buchenrundholz), 7000 Tonnen für eichenes Sägematerial und 770 Tonnen für sonstiges Sägematerial (Laubholz) zugebilligt worden. Die schweizerischen Holzzölle sind weiterhin unverändert geblieben.

Der englische Markt und die polnische Bacon-Ausfuhr.

Die Konferenz des britischen Imperiums in Ottawa war für die polnische Bacon-Ausfuhr und für die sich daraus ergebende Gestaltung am polnischen Bacon-Markt nicht ohne Bedeutung. Zurzeit des Konferenzabschlusses wurde eine Klausel bekannt, nach welcher England Australien und Kanada gegenüber für die Bacon-Einfuhr besondere Vorrechte einräumte. Daraus konnte damals die begründete Sorge hervorgehen, daß für den polnischen Bacon-Markt manche Rückschläge zu erwarten seien. Der englische Markt ist für die polnische Bacon-Ausfuhr heute wichtiger denn je, insbesondere, da die Absatzschwierigkeiten an den kontinentalen Märkten unüberwindlich geworden sind und noch keine Aussichten bestehen, daß nach dieser Richtung Wandlung geschaffen werden kann. Die Gefahr, die aus einer Bevorzugung der kanadischen und australischen Bacon-Einfuhr nach England für die polnische Bacon-Ausfuhr sich ergeben könnte, ist bei einer genauen Prüfung der Lage nicht so groß wie es zunächst schien. Der Leiter des polnischen Bacon-Verbandes, Direktor Gayna, beschäftigt sich mit dieser Frage eingehend im „Kurjer Poznański". Mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse, das diese Ausführungen verdienen, geben wir die wichtigsten Gedanken seiner Abhandlung wieder.

Die eventuelle Kontingentierung der Bacon-Einfuhr nach England wird auf der Grundlage der Einfuhr von 1931 erfolgen. Zahlenmäßig ergibt dies folgendes Bild: Im Jahre 1931 importierte England aus den kontinentalen Ländern und zwar aus Polen, Dänemark, Holland, Schweden, Litauen, Estland u. a. 11 088 274 Cwt., aus Kanada 49 555 Cwt. England und Irland produzierten etwa 1 560 000 Cwt. Der Gesamtkonsum belief sich im Vorjahre auf 12 697 829 Cwt. Die Konferenz von Ottawa sicherte Kanada einen Bacon-Absatz auf dem englischen Markt von 2,5 Millionen Cwt. jährlich. In England selbst bestehen Tendenzen, die einheimische Produktion zu heben, wodurch wahrscheinlich die Schweinebestände Kontinental-Europas zurückgehen würden. Nimmt man nun den Gesamtverbrauch an Bacons in England für die kommenden Jahre in der gleichen Höhe des Vorjahres an, so ergibt sich folgende Aufstellung. Kanada würde 2,5 Millionen Cwt. liefern. England und Irland würden ihre Produktion verdoppeln, d. h. im günstigsten Falle 3,1 Millionen Cwt. Bacon liefern. So verbliebe immerhin noch eine Nachfrage nach etwa 7 Millionen Cwt.

Die Bacon-Zufuhr aus den kontinentalen Ländern nach England würde somit um ca. 30 Prozent zurückgehen. Vor allen Dingen ist es aber unmöglich, daß Kanada, das ihm eingeräumte Kontingent voll erschöpfen kann. Die höchste Zufuhr von kanadischen Bacons auf dem englischen Markte betrug im Jahre 1926 500 000 Cwt. In den folgenden Jahren fiel die kanadische Bacon-Einfuhr ständig, so daß sie im letzten Jahre kaum noch 50 000 Cwt. betrug. Wenn das augenblicklich Kanada eingeräumte Einfuhrkontingent ein fünffaches der Einfuhr von 1926 beträgt, so dürfte eine derartige Export-Erhöhung Kanadas nicht real sein. Eine Vergrößerung der Schweineherden Kanadas ist nur bei entsprechender Kalkulation möglich. Den vorliegenden Informationen zufolge beläuft sich augenblicklich die Höhe der Produktionskosten für kanadische Bacons auf 72 Schilling pro 1 Cwt., während der augenblickliche Marktpreis in London kaum 62 Sh. erreicht. Eine steigende Ausfuhr Kanadas wäre also erst dann möglich, wenn eine Preissteigerung am englischen Markte erfolgen würde. Eine Senkung der Produktionskosten ist mit Schwierigkeiten verbunden. Was die eigene Produktion Englands anbelangt, so dürfte eine 100prozentige Erhöhung kaum erreicht werden. Die fehlenden Konsummengen werden also doch durch die europäische Bacon-Einfuhr nach England gedeckt werden müssen. Im Laufe der nächsten Zeit ist kaum mit einem Rückgang der Abnahme europäischer Bacons am englischen Markte zu rechnen. Zunächst liegt auch für die polnische Bacon-Ausfuhr noch keine Gefahr; die maßgebenden Stellen werden jedoch die Markt-Entwicklung einer eingehenden Beobachtung unterziehen müssen.

Die Lage am Pommereller Holzmarkt.

Die Holzlager in Brahemünde bei Bromberg haben sich in letzter Zeit erheblich gelichtet. Es gilt als wahrscheinlich, daß im laufenden Jahr noch die restlichen Holzbestände abgestoßen werden. Neue Partien von Floßholz werden nicht mehr erwartet.

Vor allem wurden größere Mengen von besseren Sortimenten verkauft. So kaufte u. a. die Holzexportfirma Spitzer Berlin/Posen 5 000 Festmeter hochwertiges Holz, in der Hauptsache Sägematerial und Blöcke, von der Firma Rosenthal in Białystok. Der vereinbarte Preis belief sich auf 24 Złoty frei Flußhafen.

Eine weniger gute Partie, jedoch mit einem gewissen Prozentsatz Sägematerial kaufte die Firma Wilke in Dirschau von der Firma Lew in Raczki. Das Objekt beträgt ungefähr 950 Festmeter, der Preis 21 Złoty je Festmeter franko Dirschau.

Von weiteren Abschlüssen sind noch folgende bekannt geworden: Die Firma Borowski in Augustowo verkaufte eine Partie Floßholz an die Firma Szulc in Graudenz zum Preise von 16,50 Złoty je Festmeter, eine zweite Partie an die Firma Priewe in Rothebude und eine dritte Partie an die Firma Raatz in Bromberg, die beiden letzteren zu Preisen, die zwischen 14 und 15,50 Złoty je Festmeter franko Hafen Brahemünde lagen.

Bei den letztgenannten Verkäufen handelt es sich um dünneres Holz, jedoch in besserer Qualität.

Die letzten Transaktionen lassen erkennen, daß dünneres Holz reger gefragt ist, als stärkeres; letzteres fand in jüngster Zeit nur in sehr beschränktem Umfange Reflektanten. Die Vorräte an dünnerem Holz sind bereits fast völlig ausverkauft, während man die Bestände in stärkerem Bauholz noch auf etwa 12 000 Festmeter schätzt.

Von Abschlüssen, die in diesjährigem Rundholz zustandegekommen sind, wäre eine Transaktion zwischen der Firma Rublaß und der schon oben erwähnten Firma Spitzer Berlin/Posen zu nennen. Gegenstand des Geschäfts waren zwei Floßladungen dünnerer Kiefernblöcke mittlerer Qualität zum Preise von 26 Złoty je Festmeter.

Der westpolnische Holzhandel nicht mehr konkurrenzfähig?

Die polnische Fachpresse führt bittere Klagen über die anormalen Verhältnisse im westpolnischen Holzgeschäft, die durch die übersteigerten Frachten für Holztransporte eingetreten sind. Infolge der hohen Frachtsätze sei Westpolen — so heißt es in einer Zuschrift an den „Rynek Drzewny" — nicht mehr imstande, Holzmaterialien aus Kongreßpolen und Galizien zu beziehen. Es bleiben sogar schon die Angebote, die früher so zahlreich eingegangen sind, infolge Aussichtslosigkeit jeder Geschäftsanknüpfung aus.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in bezug auf den Danziger und Gdinger Markt. Infolge der ungewöhnlich hohen Frachtsätze (im Verhältnis zu den gegenwärtig zu erzielenden Holzpreisen) sollen übrigens auch die Sägewerke, die nördlich von Bromberg gelegen sind, ihre Konkurrenzfähigkeit im Posener Bezirk eingebüßt haben.

An Hand von einigen Beispielen wird auseinandergesetzt, daß sich der Wassertransport den veränderten Bedingungen am polnischen Holzmarkt wesentlich mehr angepaßt hat. So habe sich beispielsweise die Kahnfracht auf dem Abschnitt Bromberg—Danzig, die früher 6 Złoty betrug, auf 3 Złoty und die Frachtrate auf dem Brahe-Netzekanal nach Berlin von früher Rmk. 8,— auf nunmehr etwa Rmk. 4,— ermäßigt. Auch der Flößereibetrieb hat sich nicht unerheblich verbilligt. In letzter Zeit wurden für eine Partie Floßholz von Brahemünde nach Oderberg Rmk. 6,— bis 7,— gezahlt, während sich die Kosten früher auf rund Rmk. 10,— beliefen. DPW.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 16 September auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7 1/2 %, der Lombardsatz 8 1/2 %.

Der Złoty am 15. September. Danzig: Ueberweisung 57,58 bis 57,69, bar 57,61—57,72, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,90—47,30, Wien: Ueberweisung 79,41—79,99, Prag: Ueberweisung 378,10—379,10, Zürich: Ueberweisung 58,05, London: Ueberweisung 31,06.

Warschauer Börse vom 15. Septbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 123,78, 124,09 — 123,47, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland *), 359,53 — 357,73, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London **), 31,19 — 30,89, Newyork 8,92, 8,94 — 8,90, Oslo —, Paris 34,96, 35,05 — 34,87, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,40, 172,83 — 171,97, Tallin —, Wien —, Italien —.

*) Holland Umsätze 358,65—358,60.

**) London Umsätze 31,03—31,04.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,20.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 15. September Geld	Brief	In Reichsmark 14. September Geld	Brief
2,5 %	1 Amerika	4.209	4.217	4.209	4.217
2 %	1 England	14.64	14.68	14.66	14.70
2,5 %	100 Holland	169.28	169.62	169.28	169.62
9 %	1 Argentinien	0.913	0.917	0.913	0.917
4 %	100 Norwegen	73.63	73.77	73.68	73.82
4 %	100 Dänemark	75.87	76.03	75.97	76.13
6.5 %	100 Island	66.03	66.17	66.03	66.17
3.5 %	100 Schweden	75.02	75.18	75.12	75.28
3.5 %	100 Belgien	58.31	58.43	58.31	58.43
5 %	100 Italien	21.62	21.66	21.62	21.66
2.2 %	100 Frankreich	16.49	16.53	16.49	16.53
2 %	100 Schweiz	81.23	81.39	81.23	81.39
6.5 %	100 Spanien	33.87	33.93	33.87	33.93
—	1 Brasilien	0.311	0.313	0.314	0.316
5.84 %	1 Japan	0.989	0.991	0.989	0.991
—	1 Kanada	3.796	3.742	3.806	3.814
—	1 Uruguay	1.738	1.742	1.733	1.742
5 %	100 Tschechoslowak.	12.465	12.485	12.465	12.465
6.5 %	100 Finnland	6.304	6.316	6.304	6.316
5.5 %	100 Estland	110.59	110.81	110.59	110.81
6 %	100 Lettland	79.72	79.88	79.72	79.88
6.5 %	100 Portugal	13.34	13.36	13.36	13.38
9.5 %	100 Bulgarien	3.057	3.063	3.057	3.063
7.5 %	100 Jugoslawien	6.493	6.507	6.493	6.507
6 %	100 Oesterreich	51.95	52.05	51.95	52.05
6 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
4 %	100 Danzig	81.97	82.03	81.97	82.13
9 %	1 Türkei	2.008	2.012	2.008	2.012
11 %	100 Griechenland	2.697	2.703	2.697	2.703
—	1 Kairo	15.02	15.06	15.04	15.08
7 %	100 Rumänien	2.518	2.524	2.518	2.524
	Warschau	46.90	47.30	46.90	47.30

Züricher Börse vom 15. September. (Amtlich.) Warschau 58,05, Paris 20,29 3/4, London 18,01 1/2, Newyork 5,17 7/8, Brüssel 71,80, Italien 26,57 1/2, Spanien 41,70, Amsterdam 208,05, Berlin 123,27 1/2, Stockholm 92,30, Oslo 90,60, Kopenhagen 93,40, Sofia 3,73, Prag 15,32, Belgrad 8,00, Athen 3,20, Konstantinopel 2,47, Bukarest 3,06, Helsingfors 7,75, Buenos Aires 1,10, Japan 1,22.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 30,85 Zł., 100 Schweizer Franken 171,72 Zł., 100 franz. Franken 34,82 Zł., 100 deutsche Mark 209,50 Zł., 100 Danziger Gulden 172,72 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —,— Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 15. September. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe (100 Złoty) 38 G., 8proz. Obligationen der Stadt Posen 1926 (100 G.-Złoty) 92 +, 8proz. Obligationen der Stadt Posen 1927 (100 G.-Złoty) 92 +, 8proz. Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 Dollar) 59—58,50 G., 4proz. Prämien-Dollaranleihe Serie 3 (5 Dollar) 48 G., 6proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft (1 Dz.) 13 G., 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe (100 G.-Złoty) 99 G., Bank Polski (100 Złoty) 80 G., Dr. Roman May (50 Złoty) 10 B. Tendenz fest. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 15. September. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: **Roggen** 16.50—16.75, **Einheitsweizen** 28.50 bis 29.00, **Sammelweizen** 28,00—28,50, **Einheitshafer** 16,50 bis 17,00, Sammelhafer 15,25—15,75, Grützgerste 16.00—16,50, Braugerste 18,00—19,00, Speisefelderbsen 27,00—30,00, Viktoriaerbsen 27.00—31,00, Winterraps 40,00—42,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide —.—, Rotklee ohne Flachsseide bis 97 % gereinigt —.—, roher Weißklee 120,00—160,00, roher Weißklee bis 97 % gereinigt 160,00—200,00, Luxus-Weizenmehl 48,00—53,00, Weizenmehl 4/0 43,00—48,00, Roggenmehl I 31,00—33,00, Roggenmehl II 24,00—27,00, Roggenmehl III 23,00—25,00, grobe Weizenkleie 11,00—12,00, mittlere 11,00—12,00, Roggenkleie 8,75—9,25, Leinkuchen 19,00—20,00, Rapskuchen 15.50—16.00, Sonnenblumenkuchen 17,00—17,50, doppelt gereinigte Seradella —,—, blaue Lupinen —,— gelbe —,—, Peluschken —,—, Wicke —,—.

Umsätze 1040 to, davon 280 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 15. September. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen, neu, gesund, trocken, 45 to . . . 16.30

Richtpreise:

Weizen, neu	25.50—26.50	Sommerwicke	—.—
Roggen, neu	15.70—16.00	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	16.00—16.50	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68 kg	16.50—17.50	Raps	34.00—36.00
Braugerste	19.50—20.50	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer, neu	12.50—13.00	Senf	32.00—38.00
Roggenmehl (65 %)	25.00—26.00	Blauer Mohn	62.50—70.00
Weizenmehl (65 %)	40.00—42.00	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	9.00—10.00	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie (grob)	10.00—11.00	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	8.75—9.00	Heu, gepreßt	—.—
Winterrübsen	34.00—35.00	Netzeheu, lose	—.—
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	—.—
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48 %	—.—
Viktoriaerbsen	20.00—24.00		
Folgererbsen	28.00—30.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 460 to, Weizen 90 to, Gerste 140 to, Hafer 15 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Mahlgerste, Braugerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 15. Septbr. (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen 24,25—25,00 Zł., Roggen 15,00—15,40 Zł., Mahlgerste 15,50—16,00 Zł., Braugerste 18,00—19,25 Zł., Felderbsen —.— Zł., Viktoriaerbsen 20,00—23,00 Zł., Hafer 12,00—12,50 Zł., Fabrikkartoffeln —.— Zł., Speisekartoffeln —.— Zł., Kartoffelflocken —.— Zł., Weizenmehl 70 % —,— Zł., do. 65 % —,— Zł., Roggenmehl 70 % —,— Zł., Weizenkleie 9,00—11,00 Zł., Roggenkleie 8,50—9,00 Zł.

Engrospreise franko Waggon der Aufgabestation.

Gesamttendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 15. September. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 207,00—209,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 160,00 bis 162,00, Braugerste 174,00—184,00, Futter- und Industriegerste 167.00—173.00, Hafer, märk. 137,00—142,00, Mais —.—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 25,00—30.00, Roggenmehl 21,75—24,00, Weizenkleie 10,00—10,40, Roggenkleie 8,50—8,90, Raps —,—, Viktoriaerbsen 21,00—24,00, Kleine Speiseerbsen ——, Futtererbsen 14,00 bis 17,00, Peluschken —,—, Ackerbohnen —,—, Wicken 17,00—20,00, Lupinen, blaue —,—, Lupinen, gelbe —,—, Serradella —,—, Leinkuchen 10,60—10,70, Trockenschnitzel 9,20—9,50, Soya-Extraktionsschrot 11,20, Kartoffelflocken —,—.

Bei ruhiger Markthaltung stetige Preisentwickelung.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 15. Septbr.) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 gr 9 1/4, Klasse A über 60 g 8 3/4, Klasse B über 53 g 8 1/4, Klasse C über 48 g 7 3/4; frische Eier: Klasse A über 60 gr —, Klasse B über 53 g —; aussortierte kleine und Schmutzeier 6 1/4. Auslandseier: Dänen: Schweden: 18er 9, 17er 8 1/4, 15 1/2—16er 8, leichtere 7 1/2; Estländer: 17er 8 1/4, 15 1/2—16er 7 3/4; Holländer: Durchschnittsgewicht 68 g 8 3/4; 61—62 g 8, 57—58 g —; Litauer: große —, normale —; Rumänen: 6 1/2—6 3/4; Ungarn, Jugoslawien: 6 3/4; Polen: normale 6—6 1/4; kleine Mittel- und Schmutzeier 5 1/2—6.

Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.